## DIE LINKE. Sachsen

# 2. Tagung des 15. Landesparteitages

B.	Berichte

# B.7. Bericht zur politischen Wahlauswertung zur

Landtagswahl 2019 an die 2. Tagung des 15.

## Landesparteitages

Einreicher\*in: Wahlkampfleitung

Teil I: politische Wahlauswertung	2
0. Vorbetrachtungen	2
1. Entwicklung der Wahlergebnisse der LINKEN im Zeitverlauf	3
1.1. Ergebnisse der PDS/LINKEN seit 1990	3
1.2. Kommunalwahlergebnisse 2019 in Sachsen	5
1.3. Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Europawahlen 2019	5
2. Zusammenfassung der Ausgangslage und Einschätzung	6
3. Die Parteienlandschaft in Sachsen nach der Landtagswahl 2019	7
3.1. CDU	7
3.2. AfD	7
3.3. DIE LINKE	7
3.4. GRÜNE	8
3.5. SPD	8
3.6. FDP	9
3.7. FREIE WÄHLER	9
3.8. Sonstige	9
4. Die Ergebnisse von DIE LINKE. Sachsen bei den Landtagswahlen 2019	10
4.1. Ergebnisse auf Ebene der Wahlkreise	10
4.2. Erst- und Zweitstimmen sowie "strategische Wahlkreise"	12
4.3. Wahlbeteiligung, Wahlberechtigte und Wähler*innen	13
4.4. Ergebnisse auf Gemeindeebene	13
4.5. Bevölkerungsveränderungen	16
4.6. Ergebnisse der Wähler*innenwanderungen	19
4.7. Fokus: Nichtwähler*innen und Erstwähler*innen	22
5. Die Wahlen 2019 im Spiegel der Regionalkonferenzen	22
5.1. Gesamtgesellschaftliche Faktoren	23
5.2. Inhaltliche Faktoren	23
5.3. Strategische Faktoren	24
5.4. Schlussfolgerungen aus den Regionalkonferenzen	25
6. Zusammenfassung und Ausblick	25
Teil II: Anlagen zur Wahlauswertung	27

### Teil I: politische Wahlauswertung

### 0. Vorbetrachtungen

Dass die sächsische Landtagswahl wie auch die in Brandenburg nicht leicht werden würde, war nicht erst mit den niederschmetternden Ergebnissen der Europa- und Kommunalwahl 2019 klar, wenngleich die häufigsten Umfragewerte um die 15 – 16 % sicherlich trügerische Sicherheit auf einem Niveau verhießen, das zwar alles andere als befriedigend ist, aber dennoch spürbar über den Ergebnissen der Wahlen im Mai lag. Schon bei der Bundestagswahl 2017 hatten in Sachsen und Brandenburg nur je 12 % der Wahlberechtigten für DIE LINKE gestimmt – was bezogen auf diesen Maßstab der vierte Rückgang seit 2005 in Folge war. Bereits bei der Erfolgswahl 2009 hatten anteilig weniger Wahlberechtigte im Osten für DIE LINKE gestimmt, als noch 2005, auch wenn der Stimmenanteil an gültigen Stimmen höher lag. Beim Anteil an gültigen Stimmen sackte DIE LINKE in Sachsen 2017 auf 16.1 % ab. Bei der Europawahl schließlich verlor DIE LINKE zwischen 5.7 (Mecklenburg-Vorpommern) und 8.7 (Thüringen) Prozentpunkte und mobilisierte nur noch zwischen 7.2 % und 8.3 % der Wahlberechtigten.

Angesichts dieser schwierigen Bedingungen hatte sich die sächsische LINKE schon frühzeitig auf einen deutlichen Nachsteuerungsprozess eingestellt: Mit dem basisdemokratischen Mitgliederbeteiligungsprozess "Basis ist Boss", welcher im Frühjahr 2018 vom Landesvorstand erarbeitet und auf der 3. Tagung des 14. Landesparteitages im August 2018 in Hoyerswerda auf den Weg gebracht wurde, sollte eine gemeinsame Erarbeitung der Schwerpunkte zur Landtagswahl und eines innovativen Wahlprogramms ermöglicht werden. Angesichts der schon seit langer Zeit schwierigen Perspektive hinsichtlich alternativer Mehrheiten, die sich auch für den kommenden Wahlgang abzeichnete, sollte eine inhaltliche Orientierung der Partei streng am Markenkern und basisgetragen wirksam werden. Damit verbunden war auch die Bestimmung des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl. Die Versuchsanordnung bestand, der Wahlstrategie folgend, darin, in denkbar schlechten Grundbedingungen - dem Fehlen einer Funktionszuschreibung der Partei in Konstellationen in einer zugespitzten gesellschaftlichen Debattenlage - eine neuerliche mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erarbeiten. Dies folgte einer veränderten Wahrnehmung und Berichterstattung über Wahlen insgesamt, in der die Funktion einer Partei – und damit die Nützlichkeit der eigenen Stimmabgabe für diese Partei an und für sich - immer mehr Raum greift gegenüber den individuellen Überzeugungen der WählerInnenschaft.

So hat sich auch die Berichterstattung vor Wahlen in den letzten Jahrzehnten und letzten Wahlen deutlich gewandelt. Einige zu nennende Trends sind:

- a) Eine stärkere Fokussierung auf mögliche Wahlausgänge ("Horse Race"-Berichterstattung) mit immer enger getakteten Umfragen und zahlreichen fast aus dem nichts auftauchenden (Wahlkreis-)Prognoseanbietern, die unabhängig von der Qualität ihrer Arbeit sowohl von der Presse als teilweise auch der eigenen Mitgliedschaft begierig aufgegriffen werden.
- b) Damit verbunden und durch die Veränderungen im Parteienspektrum bestärkt ein Fokus auf Koalitionsdebatten als zweite Form der Wahlausgangsdebatten.
- c) Mit der Eventisierung der Wahlkämpfe hat sich auch die Berichterstattung über diese gewandelt, weg vom trockenen thematischen Tagesschau-Stil hin zu Berichten über Events, einzelne Äußerungen, Persönliches, vermeintliche Skandale etc.
- d) Durch die permanente Dynamik und unabgeschirmte Dauerbeobachtung ist auch jede Form von Fettnäpfchen wahrscheinlicher geworden.
- e) In vielen der letzten bundesrepublikanischen Landtagswahlkämpfe haben Personen eine starke Rolle gespielt, waren gleichzeitig aber für die Wahlentscheidung für bspw. die AfD fast überhaupt nicht relevant. Der Fokus auf Berichterstattung über Personen hat wohl auch deshalb zugenommen, weil es zur Dynamisierung (s.o.) passt, die handelnden Akteure einfacher erreichbar sind und auch bei gesunkener Recherchekapazität (Wandel der Medienlandschaft) ein dankbarerer Gegenstand der Berichterstattung ist.

f) Die klassischen Medien unterliegen zwar all diesen genannten Prozessen, haben gegenüber dem, was abseits von Ihnen im Netz passiert, aber nicht per se an Einfluss verloren, sondern sich eben diesem angepasst und wirken als Impulsgeber und Verstärker.

Insgesamt spielte in Sachsen eine Fokussierung auf die Frage "Wer wird stärkste Partei" eine Rolle, die in dieser Form erwartbar aber nur CDU und AfD inkludierte. Auch die Koalitionsfrage wurden offen diskutiert: Nachdem die SPD sich in der Frühphase zunächst als alleiniger Garant dafür präsentierte, eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern zu können, rückte sie öffentliche zunächst von dieser wahltaktischen Argumentation ab. Stattdessen betrat eine kleine Gruppe angeführt von einem ehemaligen SPD-Mitglied das Spielfeld und warb offensiv für eine gegen die AfD gerichtete Kenia-Koalition, die – allerdings nicht unbedingt wegen dieser Initiative – vor den Wahlen öffentlich diskutiert worden ist. Kurz vor der Wahl und das Statement im MDR-SpitzenkandidatInnen-Duell nutzend, fiel dann Martin Dulig leicht abgewandelt auf seine früheren Formulierungen zurück und warb offensiv für eine Kenia-Koalition.

Die Landtagswahlen in Sachsen standen zudem auf Grund der spezifischen Debattenlage besonderer Aufmerksamkeit der bundesweiten Presse, welche auch in Sachsen gelesen und rezipiert wird. Insbesondere hier spielten landespolitische Themen eine untergeordnete Rolle und der Fokus lag eher auf Horse-Race-Aspekten, mögliche Koalitionen und der AfD und ihrer Themen.

In diesem Umfeld offener Konstellationsfragen und einer als krisenhaft beschriebenen politischen Situation, kämpfte DIE LINKE um ihren Platz in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Der strenge Fokus auf inhaltliche Positionen, wohlwissend, dass die Partei in der Konstellationsfrage wie schon bei der deutlich weniger scharf geführten Debatte bei den Landtagswahlen 2014 keine öffentlich vermittelbare Funktion hat, brachte dies zum Ausdruck. Die politischen Verhältnisse im Freistaat wie in der Bundesrepublik insgesamt waren dabei in den letzten fünf Jahren fluider geworden. Als Chance beschrieben bot dies die Möglichkeit eines der besten Ergebnisse der Partei zu erzielen, sofern es gelänge, in die mediale und gesellschaftliche Debatte vorzudringen. Gleichwohl wahlstrategisch mitgedacht war die Gefahr, in einer solch zugespitzten Auseinandersetzung unter die Räder zu kommen und die Bereitschaft der Wechselwählerschaft negativ zu spüren, in unseren Überlegungen durchaus existent. Konstatiert werden muss nach den Wahlen, dass sich gerade letzteres materialisiert hat.

## 1. Entwicklung der Wahlergebnisse der LINKEN im Zeitverlauf

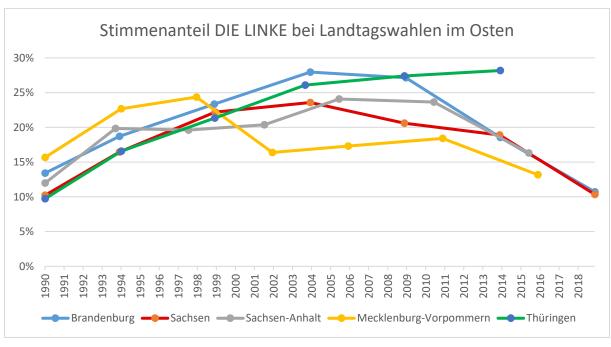
Landtagswahlen finden nicht im luftleeren Raum statt. Wenige Parteien haben ein dezidiert eigenes landespolitisches Profil, bundesweite Trends und Debatten schlagen auch auf Landesebene durch. Auch über die Frage, welche Entscheidungen überhaupt in den Bereich der Landespolitik fallen dürfte vielen WählerInnen nicht bewusst sein. Entsprechend finden sich in vielen Parteiprogrammen Verweise auf bundespolitische Ziele. Gleichzeitig gibt es regionale und landesspezifische, historisch gewachsene Unterschiede der Parteiensysteme. Dies wissend ist die Einbettung von Wahlen niederer Ordnung in bundesweite - wenn nicht gar teilweise transnationale - Zusammenhänge notwendig, um den Ausgang solcher Wahlen besser einordnen zu können.

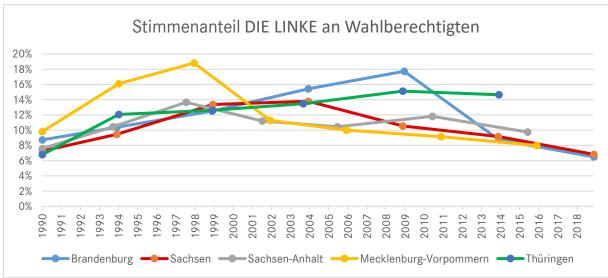
#### 1.1. Ergebnisse der PDS/LINKEN seit 1990

Betrachtet man die Wahlergebnisse von PDS bis DIE LINKE und von 1990 bis 2019 in den ostdeutschen Flächenländern fällt zunächst auf, dass diese recht synchron verlaufen – vor allem, wenn Wahlen in etwa zum gleichen Zeitpunkt stattfanden. Diese Ergebnisse sind im Folgenden auf zwei Arten dargestellt: Zum einen mit dem Stimmenanteil bezogen auf die gültigen Stimmen, zum anderen mit Bezug auf den Anteil aller Wahlberechtigten, welche die PDS / DIE LINKE gewählt haben.

Bei beiden Darstellungen sind die abweichenden Verläufe meist nicht schwer zu erklären bzw. wurden, wie im Falle Brandenburgs, bei nachfolgenden Wahlen "korrigiert" oder dürften auch, wie bereits angedeutet, mit dem Zeitpunkt der Wahl (2002 hat sich die Lage für uns auch bundespolitisch anders dargestellt als im Jahr 2004) zusammenhängen, da die Wahlen durch Änderungen der Länge der

Legislaturperioden ab 1994 nicht mehr parallel stattfanden. Eine Ausnahme in jüngster Zeit stellt allein Thüringen dar, das bei der Wahl 2014 weder beim Stimmenanteil an gültigen Stimmen einbüßen musste und auch nur unbedeutend weniger Wahlberechtigte als zur Vorwahl mobilisiert hat.





Abgesehen von dieser Ausnahme nähern sich die elektoralen Ergebnisse der anderen Ost-Länder jedoch stetig an, auch wenn seit 2009 die "Fallhöhe", von der DIE LINKE in den jeweiligen Ländern kommt, verschieden hoch ausfällt. Mit den wenig erfolgreichen Wahlausgängen steht leider keines der ostdeutschen Länder – mit Ausnahme Thüringens – allein da.

Bei den Bundestagswahlergebnissen in den ostdeutschen Flächenländern tritt die Synchronität der Ergebnisse in den verschiedenen Ländern noch deutlicher zu Tage. Der Blick ließe sich ferner auch um die Europawahlen erweitern, aber auch dort verhalten sich die Ergebnisse recht ähnlich. Das heißt nicht, dass es keine regionalen Unterschiede gäbe: So bewegt sich die Ergebniskurve der Bundestagswahlen in den drei Stadtstaaten und den westdeutschen Flächenländern keineswegs synchron mit den hier dargestellten Ergebnissen der Ost-Länder, wenngleich trotz weitgehend synchronen Verlaufs die Ergebnisse in den Stadtstaaten deutlich oberhalb des Niveaus der westdeutschen Flächenländer verläuft und bei der Bundestagswahl 2017 der erzielte Stimmenanteil an Wahlberechtigten in den Stadtstaaten der Anteil der Ost-Flächenländer erreicht hat.

#### 1.2. Kommunalwahlergebnisse 2019 in Sachsen

Die sächsischen Kommunalwahlen 2019 waren kein Erfolg für DIE LINKE. Das Zusammenfallen mit der Europawahl erscheint hier als eine Triebfeder des Ergebnisses. Die These vom ersten europäischen Wahlkampf stützte sich auch auf das Auseinanderfallen zwischen den Wahlergebnissen zur Europawahl und zur Kommunalwahl. Insbesondere in den drei großen Städten, aber auch in den Flächenlandkreisen fielen die Ergebnisse zwischen Europawahl und Stadtrats-/Kreistagswahlen auseinander. Besonders augenfällig ist dabei das Ergebnis in Leipzig: Während die Partei bei den Europawahlen nur auf dem vierten Rang einlaufen konnte, wurde sie bei den Stadtratswahlen stärkste Kraft. Noch 2014 fiel das Ergebnis landesweit maximal 3,1% auseinander. Beim Wahlgang 2019 fiel es in der Spitze bis zu 6,4% zugunsten der Kommunalwahl auseinander.

Gleichzeitig drängt sich die Vermutung auf, dass sich dieses Auseinanderfallen von Kommunal- und Europawahlergebnissen vor allen Dingen dort manifestiert, wo es gelungen ist, die lokale Kampagne von der Europawahlkampagne zu entkoppeln. Wo es gelungen ist, eine eigene Sichtbarkeit entstehen zu lassen, schneidet DIE LINKE im Vergleich zu den Europawahlen kommunal besser ab. Dabei gibt es nach Sicht in die Ergebnisse keine Korrelation zur Größe der Gemeinde. Gleichwohl gibt es einen klaren Bruch zwischen Fläche und Stadt. Dies ist begründbar: Die Stadtverbände haben in einer vergleichsweise geringen Fläche gute Möglichkeiten, sowohl medial als auch durch eigene Kraft, eigene Positionen zu setzen, während dies für Flächenkreisverbände eine ungleich größere Herausforderung bildet. Nicht nur, dass die Anzahl an aktiven Genoss\*innen geringer ist, Wege weiter sind, sondern wir haben es auch mit einer vollkommen anderen Kommunikationslandschaft in den sogenannten Flächenkreisen zu tun. Wo in den letzten Jahren in der Fläche Lokalredaktionen abgebaut wurden, kleine Fernsehsender ums Überleben kämpften und oft scheiterten, gibt es weit weniger objektiven Journalismus. Es konnten gerade in Stadtverbänden bspw. deutlich mehr Steckaktionen durchgeführt werden, während bereits eine einzelne flächendeckende Versorgung mit Wahlmaterial für Teile der Flächenlandkreise eine schwer lösbare Aufgabe wurde. Entsprechend sind Flächenkreisverbände deutlich stärker abhängig vom Bundestrend und der bundesweiten Sichtbarkeit und Performance, weil es ihnen schlichtweg nicht möglich ist, diese mediale und direkte Wirkung zu erreichen. Eine höhere Korrelation zwischen Europawahl- und Kommunalwahlergebnis ist die Folge.

Die Auswirkungen dieses Wahlergebnisses sind für uns dramatisch. In den Kreisräten und den Stadträten der kreisfreien Städte haben wir 65 Sitze, also 32% unserer Mandate verloren. Stichproben auf Gemeindeebene zeichnen ein Bild vom Verlust von ortsweise bis zu 50% unserer Mandate. Die Ergebnisse stellen für uns den größten Einschnitt in die kommunale Basis seit der Wende dar und entwickeln sich damit zu einem akuten strukturellen Problem für die Präsenz linker Politik vor Ort. Der einfache Verweis auf den Rechtsruck und das starke Abschneiden der AfD ist dabei nicht hinreichend. Es macht den Anschein, dass wir dort weniger eingebrochen sind, teilweise gewonnen haben, wo uns auf kommunaler Ebene ein Generationenwechsel gelungen ist.

Daraus ergaben sich schwierige Startvoraussetzungen für die Landtagswahl 2019. Sowohl die Motivation der eigenen Mitgliedschaft, die Kampagne auf die Straße zu bringen, als auch der AnhängerInnenschaft, unsere Partei als tatsächliche Option wahrzunehmen, waren mit dem negativen Ausgang der ersten Wahlrunde in diesem Superwahljahr geschwächt. Der Versuch einer Umkehr dieser Entwicklung im Hinblick auf die Landtagswahl musste unternommen werden, um aus dem Tal der Kommunal- und Europawahlen zu versuchen, eine tragfähige eigene neue Kampagne für die Landtagswahl zu erarbeiten. Diesem Ziel ordneten sich alle Maßnahmen nach dem ersten Wahlgang im Jahr 2019 unter. Dazu gehörte auch die Erstellung bspw. eines neuen Tourenkonzeptes und einer verstärkten Fokussierung auf den Markenkern. Angesichts der Ergebnisse der Landtagswahlen muss konstatiert werden, dass diese Trendumkehr trotz aller ergriffenen Maßnahmen nicht (mehr) gelungen ist

#### 1.3. Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Europawahlen 2019

Der Vergleich der Europawahlergebnisse von 2014 zu 2019 ist ein deutliches Signal für die bundesweite Entwicklung der Stimmergebnisse der LINKEN. Mussten wir im Vergleich von 2009 zu 2014 "lediglich" eine moderate Schrumpfung von 7,5% auf 7,4% bei gleichzeitigem Verlust von einem Sitz im Europaparlament verkraften, hat sich die Lage im Vergleich von 2014 zu 2019 deutlich zugespitzt. Mit 5,5% (-1,9%) der abgegebenen Stimmen erreichte DIE LINKE bundesweit das

schlechteste Ergebnis einer bundesdeutschen Wahl seit 2002 und das schlechteste Europawahlergebnis seit 1994 und verliert neuerlich zwei Sitze. In Sachsen erreichte die Partei lediglich 11,7% (-6,6%) der abgegebenen Stimmen. Im absoluten Stimmergebnis erzielten wir lediglich 240.212 (-56.641) der abgegebenen Stimmen. Die Partei konnte so in keiner Weise von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Die Ergebnisse der Europawahl schwankten dabei zwischen 9,3% (SOE) und 15,0% (Leipzig) der abgegebenen Stimmen. Insgesamt konnte die sächsische LINKE trotz der Verluste weiterhin 11,7% zum bundesweiten Wahlergebnis beitragen und landet damit nach NRW auf dem zweiten Rang im Ländervergleich. Das selbstgesteckte Ziel der Zweistelligkeit bei diesem Wahlgang bundesweit war schon während des Kampagnenverlaufs nicht mehr als realistisch zu betrachten. Das Ergebnis selbst erklärt sich dabei nicht nur mit der gestiegenen Wahlbeteiligung (61,4%, +13,2% ggü. 2014) und einer unterdurchschnittlichen eigenen Mobilisierung im LINKEN WählerInnenklientel. Vielmehr verliert die Partei rund 120.000 WählerInnen bundesweit.

In vielerlei Hinsicht handelte es sich jedoch um eine Europawahl neuen Typs: Erstmals waren die Europawahlen weniger geprägt von bundespolitischen, denn vielmehr von europapolitischen Themen. Die Auseinandersetzung zur Zukunft der Europäischen Union wurde hochgejazzt zur Frage "Bist du für oder gegen Europa". Auf der einen Seite die europafeindlichen Kräfte der Rechten, auf der anderen Seite die Pro-EU-Parteien. DIE LINKE hatte sich in ihrer Wahlstrategie und der Kampagne versucht, als dritte Kraft zu positionieren: Die Forderung nach dem Neustart Europas stand im Raum, ohne allerdings konkreter zu werden, was dieser Neustart bedeutet. Wenn jedoch zwei Mannschaften auf dem Spielfeld stehen, die sich hart im Fußball duellieren, hat der Dritte am Spielfeldrand, der zu einer Partie Schach einlädt, meist das Nachsehen. Genau das ist der LINKEN bundesweit passiert. Es ist nicht gelungen, sich mit dieser Strategie des dritten Pols relevant in die scharf geführte Auseinandersetzung einzubringen. Das wahlkampfprägende Thema des Klima- und Umweltschutzes mobilisierte am Ende für die Grünen. Obschon DIE LINKE in jedem Wahlprüfstein zu diesem Themenfeld die progressivste Position einnahm, wurde am Ende das - vielleicht nicht ganz so progressive - Original gewählt. Wir vermochten es nicht, zu verdeutlichen, dass klima- und umweltpolitische Themen nur lösbar sind mit Umverteilung, mit einem Mehr an öffentlichem Eigentum und mit einer sozialeren Politik, die es allen ermöglicht am notwendigen gesellschaftlichen Umschwenken teilzunehmen. Die Zuspitzung verlief entlang der Trennlinie AfD zu Grünen. Der Markenkern der Grünen kam zum Tragen. Dass wir, obwohl die Themen soziale Sicherheit und Frieden bei der Wahlentscheidung die Plätze 2 und 3 nach dem Klimaschutz einnahmen - welche klar unserem Markenkern zuzuordnen sind-, nicht profitieren konnten, unterstreicht sehr deutlich, dass unsere Kampagne nicht zum Tragen gekommen ist.

# 2. Zusammenfassung der Ausgangslage und Einschätzung

Bundesweit waren die Debatten vor der Landtageswahl 2019 einerseits von den – tektonisch als auch inhaltlich - wahrgenommenen Polen Grüne und AfD geprägt und andererseits dazu passend thematisch von den Feldern Umwelt- und Klimapolitik sowie Migrations- bzw. Asylpolitik geprägt. Letztgenanntes Thema bestimmt letztlich seit mehreren Jahren die öffentlichen Debatten und hat einen ungeheuren Mobilisierungsschub - nicht nur in eine Richtung - ausgelöst. Diese Debatten wurden freilich nicht nur öffentlich zwischen den Parteien diskutiert, sondern – gleichfalls öffentlich wahrnehmbar - auch innerhalb derselben, wobei hier vor allem DIE LINKE sowie beide Unionsparteien zu nennen sind. Die damit einhergehenden - wenn auch nicht nur damit zu erklärenden - harten Debatten und Auseinandersetzungen dürften die Wahrnehmung von DIE LINKE in den letzten Jahren nicht unwesentlich geprägt haben. An dieser Gesamtkonstellation konnten auch einige positive Akzente, wie das erste die DIE LINKE einschließende Mitte-Links-Bündnis in einem rein westdeutschen Bundesland oder die sozialpolitischen Vorstöße in der Frage der Mieten in Berlin, kaum etwas ändern.

# 3. Die Parteienlandschaft in Sachsen nach der Landtagswahl 2019

#### 3.1. CDU

Die CDU hat ihre Stellung als stärkste Kraft im sächsischen Parlamentarismus verteidigen können. Gegen sie kann realistisch keine Koalition gebildet werden. Innerhalb der zugespitzten Auseinandersetzung um die Frage, welche Partei stärkste Kraft werden könnte, ist es ihr gelungen, aus allen Bereichen des demokratischen Parteienspektrums – auch bei der LINKEN – Stimmen abzuwerben. Inhaltlich setzte sie in der Kampagne fort, was sie bereits seit der Regierungsbildung des Kabinetts Kretschmer getan hat: So verkaufte sie vermeintliche und tatsächliche Umsteuerungen ihrer bisher selbst getragenen Politik als politischen Aufbruch und schnitt all ihre Wahlkampfaktivitäten auf den Spitzenkandidaten zu. Die inhaltliche Auseinandersetzung war dabei jedoch kaum Triebfeder zur Wahlentscheidung für die Union. Vielmehr erscheint es so, dass viele WählerInnen diesmal auch bereit waren, widerwillig ihr Kreuz bei der CDU zu machen, um die AfD als stärkste Kraft zu verhindern. So ist die Union zwar weit entfernt geblieben von ihrer einstigen Stärke – sie wird zum vierten Mal in Folge auf Koalitionspartner angewiesen sein, diesmal erstmals gar auf zwei – kann ihre Regierung jedoch aller Voraussicht nach fortsetzen. Ob sie dabei die bisher verfolgte Marginalisierung ihrer KoalitionspartnerInnen fortsetzen kann, wenn sie künftig mit SPD und Grünen verhandeln muss, wird erst die Regierungspraxis der neuen Koalition zeigen.

#### 3.2. AfD

Die AfD konnte ihre Chance nutzen. Sie bleibt zwar hinter dem selbstgesteckten Ziel, stärkste Kraft im Parlament zu werden, weit entfernt, verliert absolut sogar WählerInnen im Vergleich zu vorangegangenen Bundestags- und Europawahlen, konnte jedoch mit 27,5% der Zweitstimmen und künftig 38 Abgeordneten ihre Position deutlich ausbauen. Die Streichung der Listenplätze 31-61 ihrer Landesliste hat ihr dabei kaum geschadet. Lediglich ein ihr zustehender Sitz bleibt unbesetzt. Im Gegenteil: Der durch die Streichung der BewerberInnen entstandene Spin und die erhöhte mediale Aufmerksamkeit dadurch passten direkt in das Framing der Partei, die sich als einsame Kämpferin gegen die vermeintlichen Etablierten positionierte. Einer besonderen Aufmerksamkeit konnte sich die Partei auch deshalb erfreuen, weil in der medialen Zuspitzung ein Dualismus zwischen CDU und AfD im Kampf um die stärkste Kraft konstatiert wurde, welcher andere Mitbewerberinnen in der öffentlichen Wahrnehmung marginalisierte. Mit dem Wahlergebnis kann die Partei nun auf ein Vielfaches an finanziellen Mitteln beim Aufbau parlamentarischer Repräsentanz im Land zurückgreifen. Dem zumindest in Ostdeutschland wahrnehmbaren Trend, die Kreide, die man zumindest in den ersten Jahren im Parlament fraß, um sich selbst als bürgerliche Alternative darstellen zu können, wegzulassen, die Sprache der radikalen Wirklichkeit der Partei anzupassen, wird sich unvermindert fortsetzen. Mit der AfD wird der parlamentarische Arm der extremen Rechten in Sachsen zweitstärkste Kraft. Eine klassische Oppositionsarbeit wird von ihr nicht zu erwarten sein. Sie wird ihren Platz im medialen Fenster und im Parlament dazu nutzen, ihre radikalen und antidemokratischen Botschaften weiter gesellschaftlich zu verpflanzen. Es bleibt eine Herausforderung für die demokratischen und antifaschistischen Kräfte im Land, das adäquate Gegengift zu finden. Bisher, so muss man konstatieren, ist dies nicht gelungen.

#### 3.3. DIE LINKE

DIE LINKE ist die Wahlverliererin dieser Landtagswahl. Daran gibt es nichts zu deuteln. Sie verliert rund 80.000 Stimmen und 8,5 Prozentpunkte beim Stimmenanteil. Dies scheint eine Folge eines doppelten Funktionsverlustes zu sein. Zum einen hat die Partei in der zugespitzten Konstellationsdebatte keine Funktion bei potentiellen Konstellationsbildungen zugeschrieben bekommen. Zum anderen konnte sie selbst keine eigentragende Funktionen mehr beschreiben, die selbst Teile der KernwählerInnenschaft dazu gebracht hätte, statt des vermeintlich geringeren Übels – einer Partei der kommenden Kenia-Koalition – die eigentlich inhaltlich näher stehende LINKE zu wählen. Bundesweite Personaldebatten – die Wahrnehmung der Partei als zerstritten – konnten nicht

durch eigene landespolitische Impulse verbessert werden. In der Vergangenheit hatten es Partei und Fraktion nicht geschafft, eigene Schwerpunkte, wie sie mit der Partei in anderen Bundesländern verbunden wurden, zu bilden und darüber eine eigene Aufmerksamkeit herzustellen. Diese Nichtwahrnehmbarkeit, die mangelnde Schwerpunktbildung ist dabei ein Problem, welches die Partei schon über viele Jahre als schwere Hypothek mit sich trägt und die in einer als krisenhaft wahrgenommenen Situation wie bei dieser Landtagswahl ihre volle destruktive Wirkung entfalten konnte. Dieser Trend zeichnete sich bereits bei den Kommunalwahlen 2019 im gesamten Osten ab. Das sehr ähnliche Ergebnis der zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen in Brandenburg legt nunmehr nahe, dass die Partei ostdeutschlandweit mit massiven Einschnitten in die StammwählerInnenschaft zu kämpfen hat. Es handelt sich um die schwerste Krise der LINKEN seit 2002. Die Herausforderung besteht nunmehr darin, die Partei insgesamt neu aufzustellen, Schwerpunkte zu bilden und unter der Maßgabe deutlich verringerter Ressourcen - die Fraktion verlor fast die Hälfte ihrer Abgeordneten und muss künftig mit 14 Mitgliedern Politik gestalten - eine parlamentarische wie flächendeckende Aufmerksamkeit für linke Politik im Land zu etablieren. Dieser Neuaufstellungsprozess muss mit einem deutlichen Signal vom kommenden Landesparteitag für den Freistaat fundamentiert werden. Wenn die These der Krise der Gesamtpartei stimmt - und die Ergebnisse der Regionalkonferenzen legen dies als Konsens im Landesverband nahe -, so darf sich dieser Prozess nicht im Landesverband erschöpfen, sondern muss auch auf Bundesebene geführt werden. Die vom Parteivorstand nunmehr als basisgetragener Prozess beschlossene Strategiekonferenz kann dazu einen Beitrag leisten.

#### 3.4. GRÜNE

Die Grünen zeigten sich in der Wahlauseinandersetzung ambivalent: Sie waren offen für progressive Veränderungsprojekte und machten den Politikwechsel stark, ließen aber die Tür zur CDU explizit offen. Vor der Landtagswahl verstärkten sie dabei ihren Flirt mit der CDU. Gleichzeitig konzentrierte sich die Partei sich - allein schon um die Gretchenfrage der Konstellation zu umgehen - im Wahlkampf stark auf "ihre" Themen Umwelt, Umweltschutz und ökologischer Gesellschaftsumbau. Auf dem Papier realisierte sich so das beste grüne Wahlergebnis bei sächsischen Landtagswahlen überhaupt. Gleichwohl ist das Ergebnis für die Partei insgesamt mit 8,6% von den selbst gesteckten Zielen weit entfernt. Die Partei blieb so deutlich unter der Zweistelligkeit. Ihre Basis findet sie weiterhin im urbanen Raum, wo es ihr wiederum gelang, Direktmandate zu gewinnen. Der unbedingte Gestaltungswille der Partei, der nunmehr in einer vermeintlichen Sachzwangkoalition mit CDU und SPD münden soll, zeitigt allerdings jetzt schon deutliche Spuren. Positionierte die Partei sich deutlich für einen früheren Braunkohleausstieg im Wahlkampf, so billigt sie im Sondierungspapier den Verbleib beim Braunkohlekompromiss 2038. Auch der Widerstand zum Polizeigesetz - hier war die Partei auch Bündnispartnerin für DIE LINKE - scheint sich in den Sondierungsergebnissen nicht niederzuschlagen. Alles in allem wird sich erst mit den abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen zeigen, ob und inwieweit sich die Grünen in dieser Koalition nicht nur als Mehrheitsbeschafferin in einer Koalition mit leicht ergrüntem Anstrich positionieren können. Es bleibt zunächst offen, ob es der Partei gelingt, sich selbstständig in einem Dreierbündnis mit einer in der Vergangenheit übergriffig agierenden CDU zu positionieren. Daraus kann sich für die Parte in Zukunft ein Glaubwürdigkeitsproblem erwachsen, welches gerade die urbane Wahlklientel abschrecken könnte. Für eine Bewertung ist es jedoch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen noch zu früh.

#### 3.5. SPD

Für Martin Dulig gilt: Mission erfüllt. Obwohl die SPD insgesamt eher glücklos blieb in der Koalition ab 2014, wollte sie diese unbedingt fortsetzen und hatte ihre gesamte Wahlstrategie auf dieses Ziel ausgerichtet. Die SPD als stabilisierender Faktor lautete die Losung, die Dulig beim Duell der SpitzenkandidatInnen im MDR und in der Folge medial noch einmal deutlich verstärkte. So sprach er sich für eine Kenia-Koalition aus. Erinnerungen an 2014 wurden wach, wo er vor dem Wahltag bereits deutlich für ein schwarz-rotes Regierungsbündnis warb. Es kommt einem so vor, als müssten eigene Positionen hinter den Wunsch nach dem Platz am Kabinettstisch im Zweifel zurücktreten. Die Kampagne der SPD kam – traditionell sächsisch im linken Anstrich – kaum zum Tragen. Ein Schicksal,

welches nicht nur diese Partei angesichts des Windhundrennens in der Berichterstattung ereilte. So verwundert es kaum, dass die Partei mit 7,7% ein deutliches Minus in Kauf nehmen musste. Nunmehr eilt die Partei ein weiteres Mal in die nächste Koalition mit einer CDU, die ihr in den letzten fünf Jahren keinen Streich Butter auf dem Brot gegönnt hat. Inwieweit die SPD künftig eigene Akzente setzen kann, ist vollkommen offen. Ein wie auch immer geartetes Veränderungsprojekt erscheint angesichts der Regierungsfixiertheit des aktuellen Spitzenpersonals und der damit verbundenen inhaltlichen Beliebigkeit der Partei jedoch äußerst schwierig. Das imaginierte Mitte-Links-Lager in Sachsen steht nach der Landtagswahl 2019 marginalisiert wie nie da. Zusammen haben die drei Parteien weniger Sitze im Parlament als die AfD alleine. Es scheint jedoch, dass der Wille, dies durch eine gemeinsame Vision zu ändern, gerade bei der SPD nicht allzu ausgeprägt zu sein. Damit wird DIE LINKE auch im Hinblick auf kommende Konstellationsdebatten umgehen müssen.

#### 3.6. FDP

Entgegen aller Befürchtungen geht die Zeit im Sächsischen Landtag ohne FDP nicht zu Ende. Aus eigener Kraft versuchte man 2014 den Platz im Landtag zu verteidigen und flog auch in der Folge des Bundestrends und einer glücklosen Regierungsbeteiligung aus dem Landtag. Der Bundestrend, wie bei der LINKEN für die Bundespartei eher abwärts weisend, reichte dem sächsischen Landesverband jedoch nicht, wieder ins Parlament einzuziehen. Gegenüber 2014 hatte sich die Partei keinen Jota erneuert und zog mit dem gleichen Spitzenkandidaten, dem gleichen Programm und den gleichen Parolen in den Wahlkampf – mit etwas Magenta, das sich zum Blau und Gelb der Plakate gesellt hat. So positionierte sich die FDP im Parteienspektrum irgendwo im Bereich zwischen AfD und CDU, mit einem populistischen Anspruch ohne eigenen Akzente. Diese Zeiten scheinen aber nach der Landtagswahl 2019 endgültig vorbei. Mit dem verfehlten Wiedereinzug beginnt auch bei den Liberalen die Sinn- und Positionssuche im Parteiensystem. Der Dauervorsitzende und glücklose Spitzenkandisat, der so sehr den Nichtaufbruch signalisierte, nahm in Folge der Landtagswahl seinen Hut. Die Neuaufstellung der Partei ist dabei offen. Sofern es ihr gelingt, sich tatsächlich neu zu positionieren, könnte ein erneuter Anlauf 2024 erfolgreicher verlaufen.

#### 3.7. FREIE WÄHLER

Die Freien Wähler konnten mit platten Parolen wie "Verstand statt Ideologie", die in Wirklichkeit eine Ideologie ganz weit rechts und eine Offenheit zur AfD zeigten, ihr Ergebnis auf 3,4% mehr als verdoppeln. Für den Einzug in den Landtag reichte es diesmal jedoch nicht. Fraglich bleibt, ob das offensive Suchen des Anschlusses an den PEGIDA-Dunstkreis insbesondere in Dresden, wie er sich bei den Kommunalwahlen gezeigt hat, künftig erledigt hat. Inhaltlich zeigte sich im Wahlkampf sehr oft in manchem Vorstoß eine Nähe zur AfD. Ob sich die Freien Wähler künftig anders positionieren oder die Konkurrenz auf der politischen rechten weiter verschärfen, muss als offen betrachtet werden.

#### 3.8. Sonstige

Spektakulär wurde medial der Bruch von Teilen der AfD um die ehemalige Bundesvorsitzende Petry mit ihrer Partei begleitet. Als saubere Konservative mit einer Spur Rassismus in Freundlich versuchte sich die Blaue Partei als Neugründung zu Positionierung. Doch aller Krawall verfing nicht. Die Blaue Partei lief bei den Landtagswahlen nur unter "ferner liefen". Das miserable Ergebnis führte am Ende sogar dazu, dass die formal für die Landtagswahl zugelassene Partei ihren Wahlkampf in Thüringen einstellte – mangels Ressourcen. Damit führt der Weg der Partei um die ehemalige mediale Lichtgestalt Petry geradewegs ins politische Aus. Von der Blauen Partei werden wir aller Voraussicht nach nichts mehr hören. Auch für die NPD gab es nur schlechte Nachrichten. Die auf Grund ihrer Irrelevanz unverbietbaren Verfassungsfeinde spielten auch in Sachsen, wo sie bis 2014 zwei Legislaturen im Landtag saßen, de facto keine Rolle mehr. Ihre Klientel ist nahezu vollständig von der AfD absorbiert worden. So kommt die Partei nur noch auf 0,6% der Stimmen und landete damit noch hinter der Tierschutzpartei (1,5%) und der Partei DIE PARTEI (1,6%). Gerade letztere Partei entwickelt sich insbesondere im urbanen Milieu, aber immer mehr in der Fläche zu einer ernsthaften Konkurrenz der LINKEN im Kampf um die entscheidenden Prozente. Für immer mehr eher linkslibertär orientierte Menschen, welche DIE LINKE von links kritisieren, stellt sich dieses Satireprojekt als wählbare

Alternative dar. Wie solche WählerInnen künftig für die Partei DIE LINKE gewonnen werden können, bleibt zunächst offen.

Weitere Parteien wie Piraten, ÖDP, Humanisten, ADPM, PDV oder KPD bleiben mit Stimmenanteilen zwischen 0,5 und 0,1% der Stimmen weit von einer tatsächlichen Relevanz für die Nachwahlbetrachtung entfernt.

# 4. Die Ergebnisse von DIE LINKE. Sachsen bei den Landtagswahlen 2019

Mit der Landtagswahl 2019 verliert DIE LINKE die dritte Landtagswahl in Folge Stimmenanteile im Vergleich zur jeweiligen Vorwahl. Auch bei den letzten beiden Bundestagswahlen hat DIE LINKE in Sachsen Stimmenanteile eingebüßt sowie bei den letzten drei Europawahlen. Wie bereits bei den letzten drei Wahlen liegen auch 2019 Europa- und Landtagswahlergebnis nahe beieinander, auch wenn 2019 das erste Mal im genannten Zeitraum das Landtagswahlergebnis sogar leicht unter dem der Europawahl liegt.

	(Zweit-)Stimmenanteile DIE LINKE in Sachsen											
	EU04	LT04	BT05	BT09	EU09	LT09	BT13	EU14	LT14	BT17	EU19	LT 19
DIE LINKE	23.5	23.6	22.8	24.5	20.1	20.6	20.0	18.3	18.9	16.1	11.7	10.4
CDU	36.5	41.1	30.0	35.6	35.3	40.2	42.6	34.5	39.4	26.9	23.0	32.1

Landesweit kommt DIE LINKE nur noch auf 10.4 % der gültigen Zweitstimmen und 12.3 % der Erststimmen (2014: 18.9 % der Zweistimmen und 21 % der Erststimmen). Damit erzielen wir ca. 41.400 mehr Erst- als Zweitstimmen. Der "Überhang" von 2 %-Punkten von Erststimmen weicht im Jahr 2019 also nicht wirklich von dem im Jahr 2014 ab. In absoluten Stimmen verliert DIE LINKE 85.170 Zweistimmen.

Mit Blick auf die Mobilisierung der Wahlberechtigten fallen die Entwicklungen noch nüchterner aus:

Anteil a	ın Wahlb	erechtigte	n, die DIE	LINKE (od	er PDS) v	wählten
1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019
7,26%	9,47%	13,37%	13,80%	10,55%	9,17%	6,83%

Bei noch keiner Wahl haben uns anteilig weniger Wahlberechtigte gewählt als 2019. Es nunmehr noch knapp 7 % der Wahlberechtigten, die uns die Stimme gaben – und damit nur in etwa halb so viele, wie bei den Wahlen 1999 und 2004.

#### 4.1. Ergebnisse auf Ebene der Wahlkreise

DIE LINKE ist in keinem (!) der sächsischen Wahlkreise mehr stärkste Zweitstimmen-Kraft. Nur in einem Wahlkreis (Leipzig 2, Juliane Nagel) konnten wir das Direktmandat holen und unser Erststimmenergebnis weitgehend halten (-0.9 %-Punkte). In einem Wahlkreis konnten wir unser Erststimmenergebnis auf sehr niedrigem Niveau ausbauen (Leipzig 4, Marco Böhme, +0.6 %-Punkte). Bezogen auf die Zweitstimmen sind wir in über der Hälfte der Wahlkreise einstellig geblieben (36 Wahlkreise). Unser Zweitstimmenanteil rangiert zwischen 20 % und 6.3 %. Wie bereits die letzten Jahre erzielt DIE LINKE in den größeren Städten tendenziell bessere Ergebnisse. Noch gravierender fällt dieses Gefälle bei den Grünen aus: Während diese in nicht wenigen Wahlkreisen über einem Stimmenanteil von über 20 % liegen, liegen sie gleichzeitig in 26 Wahlkreisen bei unter 5 %. Die FDP schafft den Sprung über die 5 %-Hürde nur in Dresdner und Meißner Wahlkreisen, die CDU schneidet in den Wahlkreisen von Leipzig und Dresden unterdurchschnittlich ab und die Freien Wähler können bei den Zweitstimmen nur in fünf Wahlkreisen 5 % oder mehr holen. Allerdings erzielen vier Wahlkreiskandidat\*innen der rechtsoffenen Vereinigung zweistellige Ergebnisse.

	Zweitstimmenanteil DIE LINKE 2019 in den Wahlkreisen										
WK-Nr	WK-Name	CDU	DIE LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW	Tierschutz	PARTEI	Sonst.

28	Loinzia 2	22,87%	20,00%	10,55%	12,98%	21,54%	3,22%	1,81%	1,49%	3,37%	2,16%
30	Leipzig 2 Leipzig 4	21,43%	17,66%	9,37%	13,92%	24,01%	3,61%	1,88%	1,88%	3,57%	2,10%
33	Leipzig 7	25,98%	17,29%	8,71%	21,53%	13,72%	3,40%	2,06%	1,91%	2,71%	2,67%
31	Leipzig 5	22,60%	16,35%	10,84%	10,17%	26,71%	4,86%	1,67%	1,47%	2,99%	2,32%
45	Dresden 5	24,61%	15,25%	9,05%	16,34%	20,69%	4,97%	2,20%	1,15%	2,73%	3,01%
29	Leipzig 3	28,98%	15,08%	9,48%	24,97%	8,78%	3,42%	2,64%	2,06%	1,75%	2,85%
11	Chemnitz 2	30,50%	13,98%	8,37%	26,19%	8,44%	3,59%	2,01%	1,76%	2,36%	2,80%
47	Dresden 7	23,39%	13,14%	8,40%	20,34%	17,45%	5,67%	3,21%	1,63%	3,18%	3,58%
10	Chemnitz 1	33,63%	12,57%	8,57%	22,15%	10,34%	4,15%	2,12%	1,75%	2,27%	2,46%
27	Leipzig 1	29,44%	12,43%	9,61%	21,24%	13,16%	4,20%	2,69%	1,91%	2,44%	2,88%
12	Chemnitz 3	33,76%	12,28%	8,70%	26,76%	7,36%	3,68%	2,05%	1,42%	1,67%	2,32%
32	Leipzig 6	27,81%	11,86%	10,21%	18,99%	16,21%	4,70%	2,86%	2,04%	2,71%	2,61%
7	Zwickau 3	33,50%	11,52%	7,64%	28,71%	6,22%	4,27%	2,04%	2,32%	1,40%	2,38%
41	Dresden 1	25,00%	11,22%	7,83%	17,73%	21,33%	9,26%	2,03%	1,00%	2,24%	2,35%
1	Vogtland 1	31,64%	11,20%	8,61%	28,52%	7,04%	4,03%	2,27%	2,20%	1,65%	2,83%
6	Zwickau 2	36,35%	10,82%	7,43%	28,32%	5,07%	4,21%	2,24%	1,78%	1,15%	2,62%
4	Vogtland 4	37,33%	10,75%	8,37%	26,40%	4,87%	3,72%	2,80%	2,13%	1,19%	2,45%
55	Bautzen 4	33,48%	10,68%	6,65%	33,86%	2,96%	3,89%	4,01%	1,15%	0,88%	2,45%
43	Dresden 3	28,42%	10,44%	8,93%	20,91%	15,55%	6,90%	2,95%	1,11%	2,00%	2,78%
0	Sachsen	32,11%	10,36%	7,73%	27,49%	8,63%	4,50%	3,36%	1,54%	1,55%	2,74%
44	Dresden 4	29,33%	10,22%	9,31%	19,71%	16,62%	6,17%	3,01%	1,13%	1,81%	2,69%
46	Dresden 6	26,38%	10,17%	7,75%	24,97%	14,52%	5,76%	3,59%	1,35%	2,22%	3,30%
21	Mittelsachsen 4	33,88%	10,04%	8,91%	30,16%	3,65%	4,44%	3,72%	1,46%	0,95%	2,80%
13	Erzgebirge 1	36,21%	10,04%	6,98%	29,56%	4,18%	3,54%	4,02%	1,58%	1,17%	2,71%
23	Leipzig Land 1	35,26%	10,01%	9,73%	28,98%	4,02%	3,36%	3,58%	1,56%	0,86%	2,66%
9	Zwickau 5	36,44%	9,92%	7,36%	26,10%	5,37%	4,42%	5,24%	1,63%	1,26%	2,28%
8	Zwickau 4	36,31%	9,90%	7,93%	25,66%	5,17%	4,57%	3,92%	1,86%	1,61%	3,06%
3	Vogtland 3	40,39%	9,68%	7,68%	26,80%	4,13%	3,46%	2,58%	1,66%	1,11%	2,51%
34	Nordsachsen 1	34,91%	9,62%	8,54%	27,28%	5,44%	4,10%	4,80%	1,75%	1,02%	2,53%
15	Erzgebirge 3	33,94%	9,48%	6,74%	33,38%	3,35%	3,65%	3,86%	1,45%	1,01%	3,14%
36	Vogtland 2 Nordsachsen 3	37,26% 33,70%	9,35% 9,24%	8,14% 7,93%	27,94% 32,32%	4,95% 3,89%	3,80% 3,57%	3,64% 4,01%	1,55% 1,42%	0,91%	2,45% 3,00%
14	Erzgebirge 2	37,62%	9,24%	7,93%	29,28%	3,07%	3,13%	4,01%	1,44%	0,91%	3,91%
22	Mittelsachsen 5	36,50%	9,17%	7,70%	28,76%	4,53%	3,71%	4,89%	1,41%	1,02%	2,31%
37	Meißen 1	30,50%	9,16%	6,43%	34,30%	4,12%	4,92%	3,98%	1,59%	1,01%	3,98%
42	Dresden 2	30,31%	9,07%	8,06%	25,49%	11,79%	6,56%	3,50%	1,27%	1,39%	2,57%
35	Nordsachsen 2	33,48%	8,92%	8,24%	30,01%	5,79%	4,49%	3,82%	1,46%	0,88%	2,91%
50	SOE 3	28,99%	8,88%	6,43%	33,75%	5,81%	4,95%	4,55%	1,55%	0,94%	4,15%
5	Zwickau 1	39,16%	8,84%	6,63%	28,91%	4,24%	3,89%	3,41%	1,66%	0,98%	2,25%
17	Erzgebirge 5	36,19%	8,78%	7,06%	31,37%	3,65%	4,63%	3,20%	1,43%	1,05%	2,65%
19	Mittelsachsen 2	31,22%	8,72%	6,79%	32,24%	6,34%	3,91%	5,34%	1,33%	1,42%	2,69%
20	Mittelsachsen 3	35,58%	8,72%	7,22%	30,59%	4,49%	4,05%	4,03%	1,60%	1,17%	2,54%
24	Leipzig Land 2	35,62%	8,67%	10,72%	23,27%	8,30%	4,55%	3,81%	1,58%	1,27%	2,20%
57	Görlitz 1	36,65%	8,62%	5,81%	35,45%	3,12%	3,13%	2,71%	1,45%	0,94%	2,12%
26	Leipzig Land 4	34,97%	8,58%	8,10%	28,82%	5,63%	3,54%	4,82%	1,75%	0,89%	2,90%
18	Mittelsachsen 1		8,57%	6,57%	32,06%	3,77%	3,74%	4,20%	1,23%	0,90%	2,30%
25	Leipzig Land 3	33,25%	8,40%	7,80%	29,35%	5,30%	3,78%	6,76%	1,46%	0,94%	2,95%
16	Erzgebirge 4	35,74%	8,25%	5,99%	31,88%	3,28%	3,38%	5,96%	1,49%	1,00%	3,04%
60	Görlitz 4	36,94%	8,18%	5,36%	32,61%	4,89%	3,70%	2,80%	1,78%	1,25%	2,49%
53	Bautzen 2	35,78%	7,98%	5,91%	31,05%	4,41%	6,37%	3,42%	1,31%	1,09%	2,68%
54	Bautzen 3	32,26%	7,83%	6,54%	31,52%	4,87%	7,79%	3,72%	1,39%	1,13%	2,94%
39	Meißen 3	31,01%	7,83%	7,02%	33,52%	6,09%	5,15%	3,35%	1,65%	1,30%	3,09%
40	Meißen 4	31,78%	7,76%	8,62%	27,05%	10,07%	6,05%	3,20%	1,40%	1,26%	2,81%
56	Bautzen 5	32,98%	7,68%	5,50%	36,42%	4,74%	4,42%	2,80%	1,36%	1,44%	2,67%
38	Meißen 2	30,95%	7,60%	6,14%	38,02%	3,89%	4,54%	3,20%	1,49%	0,99%	3,18%
51	SOE 4	31,54%	7,50%	5,62%	36,92%	4,24%	4,92%	2,89%	1,59%	0,95%	3,81%
49	SOE 2	33,08%	7,10%	5,46%	33,02%	5,43%	4,95%	5,77%	1,30%	0,95%	2,94%
48	SOE 1	32,99%	7,03%	6,24%	32,26%	6,10%	4,94%	5,23%	1,49%	1,08%	2,65%
59	Görlitz 3	35,72%	6,98%	4,16%	37,22%	3,97%	3,49%	3,61%	1,45%	0,97%	2,42%
52	Bautzen 1	34,60%	6,76%	5,74%	36,82%	3,39%	4,50%	2,90%	1,50%	1,02%	2,77%
58	Görlitz 2	35,16%	6,29%	4,59%	37,88%	7,95%	2,49%	1,40%	1,14%	1,41%	1,68%

Die Spannbreites unseres Verlustes in %-Punkten liegt in den Wahlkreisen zwischen -4.4 %-Punkten (Leipzig 4) und 11.9 %-Punkten (Meißen 1). Bezüglich dieser Zahlen gibt es auf Wahlkreisebene keine einfache Stadt-Land-Spaltung: Zwar liegen von den 7 Wahlkreisen mit Verlusten von 7 %-Punkten oder weniger vier in Leipzig und zwei in Dresden, doch liegen alle Chemnitzer Wahlkreise, zwei Leipziger Wahlkreise sowie zwei Dresdner Wahlkreise über dem Landesverlust – teilweise deutlich. Bereits auf Wahlkreisebene zeigt sich: Leipzig und Dresden sind nicht nur Leipzig und Dresden, sondern in sich differenziert. Zu den größeren Wahlverlieren gehört indes auch die NPD, die 2014 den Sprung in den

Landtag nur sehr knapp verfehlt hat. Sie bietet in einigen Wahlkreisen ein nicht unbedeutendes Reservoir für AfD-Stimmen und verliert an diese mutmaßlich teilweise bis zu 10 %-Punkte.

		Veränderun	g Zweitstimm	nenanteil in D	ifferenz der S	%-Punkte 201	4 zu 2019		
WK	WK-Name	DIE LINKE	CDU	SPD	AfD	Grüne	NPD	FDP	SONST
30	Leipzig 4	-4,44%	-4,70%	-6,98%	7,52%	8,08%	-2,33%	0,63%	3,91%
28	Leipzig 2	-5,10%	-3,02%	-6,28%	7,75%	6,48%	-1,89%	0,39%	3,19%
31	Leipzig 5	-5,26%	-3,02%	-6,99%	4,55%	10,65%	-1,68%	0,84%	3,30%
33	Leipzig 7	-5,29%	-7,11%	-5,52%	12,17%	6,96%	-4,70%	0,39%	3,88%
41	Dresden 1	-6,63%	-7,64%	-5,30%	10,32%	6,37%	-2,51%	5,30%	2,03%
40	Meißen 4	-6,89%	-6,94%	-5,16%	16,36%	2,78%	-3,49%	1,61%	2,14%
47	Dresden 7	-7,06%	-8,38%	-4,83%	11,63%	6,98%	-3,27%	2,27%	4,47%
49	SOE 2	-7,35%	-10,79%	-4,15%	21,55%	1,59%	-5,86%	0,80%	4,54%
52	Bautzen 1	-7,52%	-7,73%	-4,51%	23,67%	0,81%	-7,73%	0,83%	2,38%
51	SOE 4	-7,54%	-10,71%	-3,12%	25,45%	0,66%	-8,64%	0,13%	3,82%
32	Leipzig 6	-7,55%	-4,48%	-6,59%	10,45%	6,07%	-3,61%	1,30%	5,10%
44	Dresden 4	-7,56%	-6,69%	-5,14%	12,09%	5,46%	-2,74%	2,00%	3,64%
46	Dresden 6	-7,57%	-8,98%	-5,28%	15,64%	5,46%	-3,95%	2,07%	4,06%
45	Dresden 5	-7,65%	-5,77%	-5,19%	9,53%	8,27%	-2,17%	1,78%	3,27%
2	Vogtland 2	-7,68%	-4,39%	-4,96%	16,33%	1,80%	-4,50%	0,17%	3,09%
54	Bautzen 3	-7,95%	-10,49%	-4,79%	20,36%	0,98%	-4,57%	3,40%	3,39%
53	Bautzen 2	-8,08%	-10,13%	-3,67%	20,88%	1,27%	-5,27%	1,70%	3,64%
43	Dresden 3	-8,18%	-6,87%	-5,82%	12,58%	5,89%	-2,71%	2,83%	3,84%
22	Mittelsachsen 5	-8,27%	-9,64%	-4,36%	19,81%	1,34%	-3,92%	-0,21%	5,19%
48	SOE 1	-8,30%	-9,09%	-4,83%	20,73%	1,48%	-5,20%	1,03%	4,26%
25	Leipzig Land 3	-8,30%	-10,82%	-3,93%	18,44%	1,26%	-4,10%	-0,30%	7,97%
17	Erzgebirge 5	-8,40%	-8,96%	-3,14%	20,90%	0,71%	-4,39%	-0,70%	4,00%
39	Meißen 3	-8,47%	-8,40%	-5,04%	21,43%	1,13%	-4,54%	0,50%	3,71%
5	Zwickau 1	-8,48%	-7,38%	-3,47%	19,45%	1,23%	-4,63%	0,29%	2,72%
0	Sachsen	-8,55%	-7,31%	-4,63%	17,74%	2,89%	-4,34%	0,72%	3,86%
16	Erzgebirge 4	-8,55%	-10,04%	-3,27%	20,65%	0,53%	-4,67%	0,02%	5,05%
27	Leipzig 1	-8,60%	-5,67%	-5,89%	13,15%	5,68%	-3,90%	0,82%	4,86%
38	Meißen 2	-8,62%	-11,05%	-4,74%	25,71%	1,14%	-6,18%	0,60%	3,42%
24	Leipzig Land 2	-8,63%	-6,28%	-5,66%	16,24%	2,57%	-3,03%	0,30%	4,64%
9	Zwickau 5	-8,64%	-7,14%	-4,38%	17,17%	1,45%	-3,03%	0,64%	3,93%
3	Vogtland 3	-8,71%	-4,61%	-4,74%	16,35%	1,43%	-3,93%	0,04%	3,76%
56	Bautzen 5	-8,74%	-3,12%	-4,14%	21,64%	1,18%	-10,25%	0,27%	3,15%
6	Zwickau 2	-8,74%	-7,45%	-4,14%	19,87%	1,70%	-4,43%	0,74%	2,00%
42	Dresden 2	-8,87%	-7,45%	-4,94%	16,43%	3,20%	-3,64%	2,23%	4,06%
18	Mittelsachsen 1	-8,94%	-10,09%	-4,94%	21,99%	0,97%	-4,19%	-0,50%	4,70%
8	Zwickau 4	-9,05%	-6,35%	-4,15%	17,36%	1,63%	-4,19%	0,44%	3,35%
1	Vogtland 1	-9,05%	-4,66%	-6,50%	17,30%	2,19%	-3,99%	0,44%	3,68%
26	Leipzig Land 4		-9,69%		20,18%	1,07%	-4,28%	0,32%	
13	Erzgebirge 1	-9,10% -9,16%	-9,09% -8,12%	-3,56% -3,65%	18,98%	1,13%	-4,26% -4,91%	0,20%	5,46% 4,91%
23	Leipzig Land 1	-9,10%	-7.70%	-3,78%	19,11%	1,56%	-4,91%	0,73%	4,91%
10	Chemnitz 1	-9,24%	-7,70%	-5,15%	13,45%	3,13%	-2,98%	0,20%	3,95%
50	SOE 3	-9,54%						1,04%	
19	Mittelsachsen 2	-9,54% -9,57%	-10,03% -11,36%	-3,46% -4,52%	22,73% 22,69%	1,50% 1,53%	-7,39% -4,12%	-0,03%	5,17% 5,83%
59	Görlitz 3	-9,57% -9,67%	-5,24%	-4,32 <i>%</i> -4,70%	22,60%	0,42%	-5,04%	-0,03%	2,48%
36	Nordsachsen 3	-9,07% -9,72%	-5,24% -9,91%	-4,70%	23,60%	0,42%	-5,92%	0,02%	4,74%
14	Erzgebirge 2	-9,72% -9,74%	-6,08%	-3,30%	18,69%	0,33%	-5,92% -4,87%	0,02%	3,86%
21	Mittelsachsen 4	-9,74% -9,81%	-8,15%	-3,02%	21,79%	0,70%	-4,07% -4,75%	-0,63%	3,90%
20	Mittelsachsen 4	-9,81% -9,82%	-8,15%	-3,02%	21,79%	1,55%	-4,75% -4,07%	0,03%	5,00%
15	Erzgebirge 3	-9,82% -9,85%	-10,17%	-3,08%	22,05%	0,44%	-4,07% -4,64%	0,22%	4,19%
35	Nordsachsen 2	-9,85% -9,90%	-9,46% -10,97%	-3,07 <i>%</i> -4,19%	21,93%	1,98%	-4,04%	0,32%	4,19%
60	Görlitz 4	-9,90%	-0,87%	-5,55%	19,88%	0,54%	-4,30% -5,19%	-0,53%	1,71%
34	Nordsachsen 1	-9,93% -10,09%	-8,93%	-4,24%	19,86%	1,89%	-3,75%	0,97%	4,78%
4	Vogtland 4	-10,09%	-3,86%	-4,24%	16,62%	1,58%	-3,75%	-0,11%	3,57%
7	Zwickau 3	-10,09%	-6,54%	-5,43%	19,46%	2,05%	-3,94%	1,08%	3,12%
55		•	·		•	·	-		·
57	Bautzen 4 Görlitz 1	-10,55% -10,78%	-8,78% -4,42%	-3,37% -5,24%	24,34%	1,08% 0,27%	-5,09% -5,08%	1,02% -0,35%	1,41% 1,91%
11	Chemnitz 2	-10,78%	-4,42% -2,94%	-5,24% -5,31%	16,57%	2,56%	-3,81%	0,09%	4,21%
					,				
12 29	Chemnitz 3	-11,24% -11,48%	-2,61%	-5,51% -5,63%	17,39%	2,10% 3,38%	-3,66% -3,74%	0,37% 0,45%	3,68% 4,60%
58	Leipzig 3 Görlitz 2		-3,87% -3,29%		16,19% 24,10%	2,99%			
37		-11,61%	·	-6,19%			-4,83%	-1,49%	1,43%
3/	Meißen 1	-11,89%	-9,11%	-4,09%	24,09%	0,98%	-4,39%	0,55%	3,87%

### 4.2. Erst- und Zweitstimmen sowie "strategische Wahlkreise"

In 57 Wahlkreisen liegt unser Erststimmenergebnis über dem Zweitstimmenergebnis, was keine neue Entwicklung ist. Die drei Wahlkreise, in denen dies nicht der Fall ist, sind der Wahlkreis des

Ministerpräsidenten (Görlitz 2), des Landtagspräsidenten und Hans-Georg-Maaßen-Freundes (Meißen 4) sowie in einem Wahlkreis in SOE, wobei der Unterschied nur im Nachkommabereich liegt. Bei der Bewertung dieser Differenz ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche Klein- und Kleinstparteien, die auf dem Stimmzettel vertreten waren, keine Direktkandidat\*innen aufgestellt hatten. Die PARTEI und BüSo hatten je in nur 10 Wahlkreisen Direktbewerber\*innen, die anderen nicht im neuen Landtag vertretenen Parteien, mit Ausnahme von FDP und Freien Wählern, je nur in drei Wahlkreisen oder weniger. Landesweit erzielten diese Parteien 5.2 % der Listenstimmen aber nur 0.9 % der Direktstimmen. Unter diesen Parteien erhielten vor allem die politisch eher links zu verortenden Parteien DIE PARTEI und die Tierschutzpartei stimmen, so dass bei nicht-Verfügbarkeit eines Wahlvorschlags für die Erststimme deren Erststimmen möglicherweise eher an Kandidat\*innen aus dem gleichen politischen Lager gingen.

Deutlich über dem Zweitstimmenergebnis lagen die Kandidat\*innen der Wahlkreise Leipzig 2 (7.4 %-Punkte), Leipzig 4 (6.7), Leipzig 3 (5.6), Chemnitz 2 (5), Leipzig 6 (4.8) und Leipzig 7 (4.3). Im Erzgebirge lag Spitzenkandidat Rico Gebhardt im Wahlkreis Erzgebirge 2 3.6 Punkte über dem Zweitstimmenergebnis. Ein ebenso hoher Abstand lag in den Wahlkreisen Zwickau 5, Meißen 1 und Dresden 5 vor.

Vor der Landtagswahl wurden Kriterien für strategische Wahlkreise festgelegt, letztlich bewarben sich vier Leipziger und ein Chemnitzer Wahlkreis als solche und erfüllten die Kriterien. Sie wurden vom Landesvorstand als strategische Wahlkreise benannt. In einem dieser Wahlkreise (Leipzig 2) konnte das Direktmandat verteidigt werden, im Wahlkreis Leipzig 4 betrug der Abstand zur bei den Erststimmen erstplatzierten Partei 2.5 %-Punkte, im Wahlkreis Leipzig 3 7.6 %-Punkte und in den verbleibenden zwei strategischen Wahlkreisen etwas über 10 %-Punkten. Die als strategisch definierten Wahlkreise befinden sich damit gemeinsam mit den Wahlkreisen Leipzig 6, Leipzig 7, Dresden 5 und Dresen 7 in den Wahlkreisen, in denen – trotz teilweise noch deutlichen Abstands – die Differenz zur Wahlkreissiegerin/zum Wahlkreissieger noch am geringsten ausfällt.

#### 4.3. Wahlbeteiligung, Wahlberechtigte und Wähler\*innen

Die Zahl der Wahlberechtigten ist in Sachsen bei der Landtagswahl 2019 im Vergleich zur Vorwahl um ca. 89.000 Personen geschrumpft, die Zahl der Wählerinnen und Wähler jedoch um etwas über eine halbe Million gestiegen, da die Wahlbeteiligung 49 % bei der Wahl 2014 auf nunmehr etwas über 66 % gestiegen ist. In zehn Wahlkreisen ist die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen – darunter sechs der sieben Leipziger Wahlkreise sowie drei der sieben Dresdner Wahlkreise. Dies und die gestiegene Wahlbeteiligung sind auch Gründe dafür, warum die Stimmenanzahl trotz geringeren Stimmenanteils in vier der sieben Leipziger Wahlkreise gestiegen ist. In diesen vier Wahlkreisen (Leipzig 2, 4, 5 und 7) wählten uns auf niedrigem Niveau relativ mehr Wahlberechtigte als 2014 (1 bis 2 %-Punkte mehr).

Die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen reicht von 58.5 % (Zwickau 3) bis 78 % (Dresden 1).

#### 4.4. Ergebnisse auf Gemeindeebene

Die Untersuchung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene als kleinste Einheit, bei der statistische Daten sowohl von Wahlen als auch über soziostrukturelle Zusammenhänge von den statistischen Landesämtern veröffentlicht werden, ist schwieriger, als man zunächst annehmen könnte. Das liegt nicht zuletzt daran, dass viele der Einheiten, die als eine Gemeinde fungieren tatsächlich recht verschiedene Lebensorte darstellen. So ist die Gemeinde Grimma die flächenmäßig viertgrößte Stadt Sachsens, die aus 13 Ortschaften und 64 Ortsteilen besteht. Wenn also die Gemeinde Grimma Untersuchungsgegenstand ist, bleibt stets zu bedenken, dass dieser aus letztlich vielen verschiedenen Orten besteht, die sich hinsichtlich Einwohnerzahl, öffentlicher Versorgung, Verkehrsanbindung und vielerlei Merkmale mehr doch erheblich unterscheiden. Diese Unterschiedlichkeit innerhalb derjenigen Gebilde, die oft gemeinsam unter das Label "ländlicher Raum" subsummiert werden, erschweren die Analyse und reduzieren die Aussagekraft von Untersuchungen, die (wie auch teilweise die nachfolgenden Betrachtungen) auf Ebene der Gemeinden vorgenommen werden. Dies ist bei der Interpretation zwingend zu beachten.

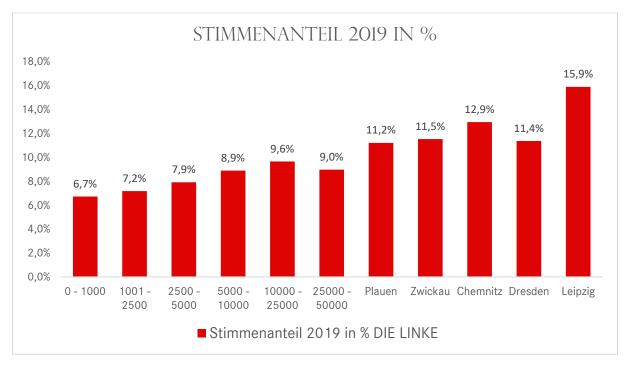
Von den 415 Gemeinden (ohne Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau) fällt DIE LINKE in 21 Gemeinden unter einen Stimmenanteil von 5 %. In insgesamt 350 Gemeinden bleibt sie einstellig. Werden die Gemeinden nach Anzahl der Wahlberechtigten, die weitgehend mit der Bevölkerungszahl korreliert, geclustert, ergibt sich folgende Ausgangssituation:

Gemeinden												
		Wa	hlberech <sup>.</sup>	tigte von	bis	fünf größte Städte						
	0 -	1001 -	2500 -	5000 -	10000 -	25000 -						
	1000	2500	5000	10000	25000	50000	Plauen	Zwickau	Chemnitz	Dresden	Leipzig	
Anzahl	32	129	129	74	42	8						
% der WB	0,8%	6,7%	14,0%	15,5%	19,1%	7,6%	1,6%	2,2%	5,9%	13,0%	13,7%	
% an DIE LINKE	0,5%	4,7%	11,2%	13,4%	16,6%	6,4%	1,6%	2,2%	7,3%	15,5%	20,6%	

Lesebeispiel: Es gibt 32 Gemeinden von 0 bis 1.000 Wahlberechtigten. Diese stellen insgesamt 0.8 % der Wahlberechtigten und 0.5 % der Wählerinnen und Wähler von DIE LINKE bei der Landtagswahl 2019.

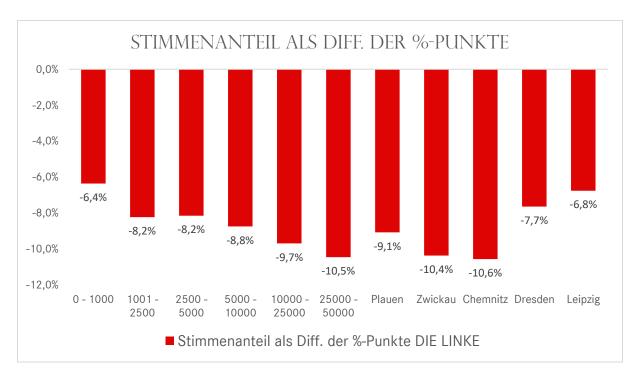
Die fünf größten Städte Sachsens stellen insgesamt 36.3 % der Wahlberechtigten, aber 47.1 % der Stimmen, die DIE LINKE bei der Landtagswahl 2019 erhielt. Die an Wahlberechtigten 32 kleinsten Gemeinden (bis 1.000 Wahlberechtigte) stellen nur 0.8 % aller sächsischen Wahlberechtigten und 0.5 % unserer Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl 2019. Die insgesamt 50 Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 Wahlberechtigten machen mit 26.7 % über ein Viertel der sächsischen Wahlberechtigten aus und haben einen Anteil an 23.1 % der Wählerinnen und Wähler von DIE LINKE. Auch bei dieser Zusammenstellung auf Ebene der Gemeinden ist zu berücksichtigen (s.o.), dass auch in Gemeinden mit größerer Anzahl an Wahlberechtigten durchaus viele sehr kleine Ortschaften existieren können.

Wirft man einen Blick auf das Abschneiden von DIE LINKE in den verschiedenen Gemeinden eingeteilt nach Zahl der dort Wahlberechtigten, zeigt sich das folgende Ergebnis:



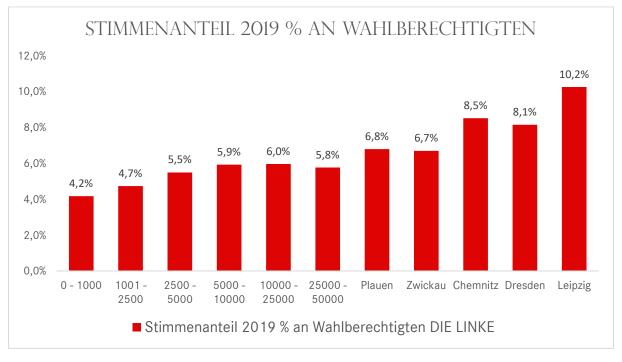
Mit Ausnahme der acht Gemeinden, in denen 25.000 bis 50.000 Wahlberechtigte leben sowie der Stadt Dresden lässt sich grundsätzlich festhalten, dass das Abschneiden von DIE LINKE mit steigender Gemeindegröße (Zahl der Wahlberechtigten) wächst. Das ist, von der Ausnahme der Gemeinden mit 25.000 bis 50.000 Wahlberechtigten abgesehen, jedoch ein Ergebnis, das genau so bereits bei der Landtagswahl 2014 zu beobachten war.

Rückt man die Veränderung unseres Stimmenanteils in den Fokus, ergibt sich folgendes Bild:



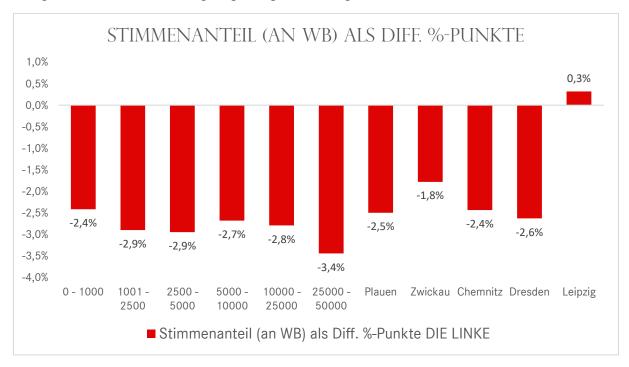
Drückt man die Verluste bei der Landtagswahl 2019 im Vergleich zur Landtagswahl 2014 als Differenz der beiden Ergebnisse in Prozentpunkten aus, sind diese in den mittleren Gemeinden und Städten am größten. Allerdings ist diese Betrachtungsweise durchaus "störanfällig": Wenn beispielsweise ein Stimmenanteil in einem Gebiet X zur Landtagswahl 2014 10 % betrug und in Gebiet Y 20 % und sich dieser Stimmenanteil bei der Landtagswahl 2019 in beiden Gebieten auf 5 bzw. 10 % halbiert hat, so drückt sich dies in einer Differenz einerseits von 5 Prozentpunkten (Gebiet X) und andererseits von 10 Prozentpunkten (Gebiet Y) aus. Damit verliert diese Form der Darstellung einer Ergebnisveränderung keineswegs ihre Daseinsberechtigung, zeigt aber ihre Schwierigkeiten.

Die gleiche Art der Ergebnisveränderung lässt sich auch als Stimmenanteil bezogen auf alle Wahlberechtigten denn auf die gültigen Zweitstimmen wählen:



Hier zeigt sich erwartbar ein ähnliches Bild wie bei der Betrachtung des Stimmenanteils an den Zweitstimmen. Allerdings wird auch hier die Dramatik der Situation besonders deutlich: Außer in den

drei größten Städten wählten uns 2019 weniger als 7 % der Wahlberechtigten, in den Gemeinden mit weniger als 2.500 Wahlberechtigten gar insgesamt weniger als 5 %.



Beim Blick auf die Ergebnisveränderung dieser Betrachtungsweise fällt die Stadt Leipzig – und mit Abstrichen auch Zwickau – etwas aus dem Rahmen. In Leipzig haben 2019 anteilig etwas mehr Wahlberechtigte für DIE LINKE votiert als noch bei der Landtagswahl fünf Jahre zuvor. Wobei auch an dieser Stelle eine Binnendifferenzierung vorzunehmen wäre: In drei der sieben Wahlkreise Leipzigs ist auch den Stimmenanteil bezogen auf die Wahlberechtigten leicht gesunken (-1 bis -1.7 Prozentpunkte). Diese Ergebnisse lassen sich, zumindest in Teilen, auch mit der dort gestiegenen Wahlbeteiligung erklären, die dazu führt, dass (bis auf die SPD) alle im Landtag vertretenen Parteien anteilig mehr Wahlberechtigte mobilisierten als bei der Vorwahl. Dieser Zusammenhang lässt sich bezogen auf die Gemeinden abseits der fünf größten Städte so übrigens nicht belegen.

#### 4.5. Bevölkerungsveränderungen

Zwei Studien und zahlreiche Zeitungsbeiträge haben jüngst den Zusammenhang zwischen Entvölkerung/Bevölkerungsrückgang und dem Abschneiden insbesondere der AfD aufgegriffen. Eine Studie des DIW1 untersuchte die Veränderung vor allem des Zeitstimmenanteils von AfD und Bündnis 90/Die Grünen bei Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019 anhand ökonomischer Situation, wirtschaftlicher Verwundbarkeit (bspw. durch Automatisierung) und demografischer Entwicklung. Dabei wurde die Untersuchung auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte durchgeführt. Als demografische Entwicklung fassten die Autoren neben dem Wanderungssaldo (2000 bis 2017) auch die Abiturquote sowie den Anteil der Menschen im Alter von über 60 Jahren zusammen. Die Studie belegt für AfD und Grüne anhand der gewählten Methode die gängigen Vermutungen (positive Demografie, wirtschaftliche Stärke und geringe Verwundbarkeit der Wirtschaftsstrukturen gehen eher mit positiven Ergebnissen für die Grünen einher, für die AfD gilt der Zusammenhang umgekehrt). Für DIE LINKE deuten die Werte dieser Studie darauf hin, dass das Wahlergebnis mit sinkender ökonomischer Stärke eher geringer ausfällt - bei steigender Verwundbarkeit der wirtschaftlichen Strukturen im Gegensatz zur AfD jedoch auch. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang der DIE LINKE-Ergebnisse für die untersuchten Wahlen mit der demografischen Entwicklung kann nicht aufgezeigt werden. Mit Blick auf Sachsen weisen die Autoren allerdings explizit auf den nicht

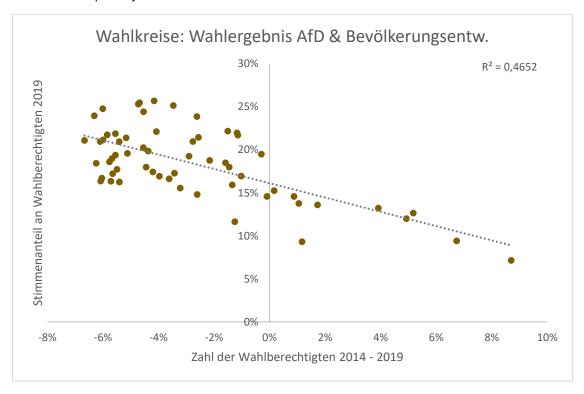
16

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Christian Franz, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Berlin (Hrsg.): DIW Wochenbericht, 34/2019, Korrigierte Version, S. 592 - 602

uninteressanten Umstand hin, dass "das Modell die Wahlergebnisse [für bestimmte Kreise] weniger gut erklären [kann]. Bei der AfD trifft das auf alle sächsischen Kreise – mit Ausnahme der Stadt Leipzig – zu: Dort unterschätzt das Modell das tatsächliche AfD-Ergebnis". Diese Beobachtung korrespondiert mit den tendenziell höheren Wahlergebnissen rechter Parteien in Sachsen auch im Verhältnis zu ähnlich oder stärker strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland. Zugespitzt und gänzlich unwissenschaftlich ausgedrückt: Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Stärke der AfD in Sachsen lässt sich mit einem Wort erklären: Sachsen.

Eine weitere, wenn auch nach Kenntnis des Autors leider nicht öffentlich publizierten, Studie von Infratest dimap im Auftrag der ARD fokussiert sich auf den Zusammenhang von demografischer Entwicklung und Ergebnis der AfD. Matthias Meisner schreibt im Tagesspiegel, "dass es sowohl in ostwie in Westdeutschland einen klar sichtbaren Zusammenhang zwischen Abwanderung und AfD-Wahlerfolgen gibt. Konkret für ganz Deutschland und bezogen auf die Europawahl im Mai: In den Landkreisen mit dem größten Zuwachs von Wahlberechtigten hatte die AfD gegenüber der Wahl fünf Jahre zuvor nur einen relativ geringen Zuwachs um 1,8 Prozentpunkte auf 8,7 Prozent der Stimmen. In den Regionen mit besonders negativer Bevölkerungsentwicklung legte die rechtsradikale Partei dagegen besonders kräftig zu, um 10,7 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent." Untersucht wurde die Entwicklung in diesem Fall auf Ebene der Landtagswahlkreise und bezogen auf die Bevölkerungsentwicklung (anhand der Zahl der Wahlberechtigten) zwischen den beiden Europawahlen.

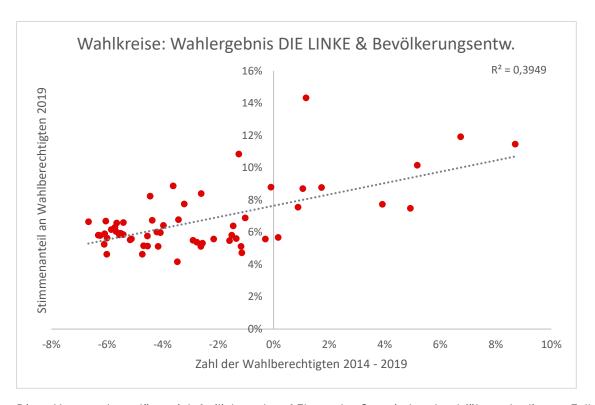
Führt man eine analoge Untersuchung Anhand der Landtagswahlergebnisse 2019 und der Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten von 2014 zu 2019 durch, bestätigt sich das Ergebnis der Infratest dimap Analyse zunächst:



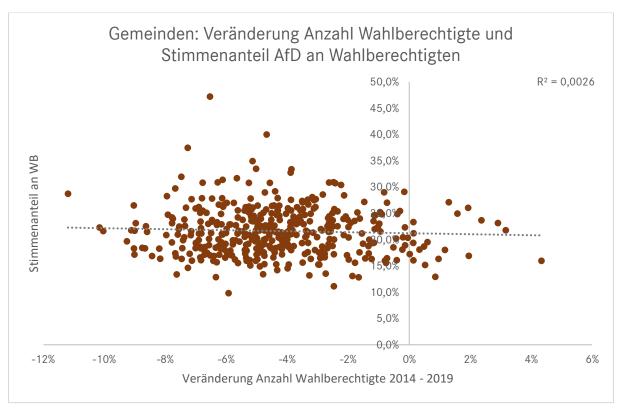
Auf Ebene der Wahlkreise korreliert der Stimmenanteil der AfD bezogen auf alle Wahlberechtigten mit einer Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten von der Landtagswahl 2014 auf die Landtagswahl 2019. Quasi spiegelbildlich stellt sich dieser Zusammenhang für DIE LINKE dar:

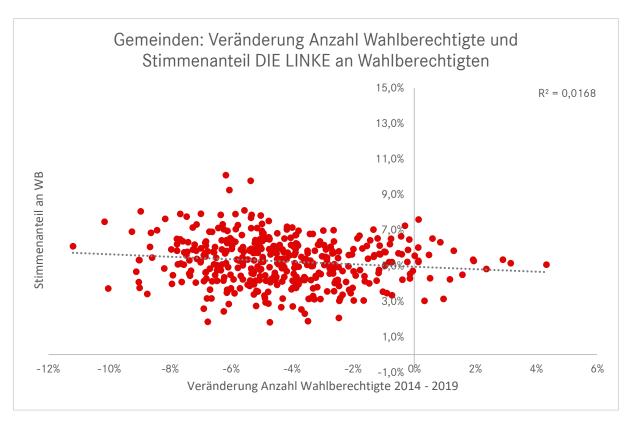
-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Matthias Meisner: Abwanderung führt zu Protestwahl. Wer zurückbleibt, wählt oftmals die AfD, in: Der Tagesspiegel (Online), 30.08.2019, http://gleft.de/39i



Diese Untersuchung lässt sich freilich auch auf Ebene der Gemeinden durchführen. In diesem Falle wurden jedoch die auf die Hand liegenden abweichenden Werte der vier größten Städte ausgeklammert, so dass nunmehr 415 Gemeinden verbleiben:

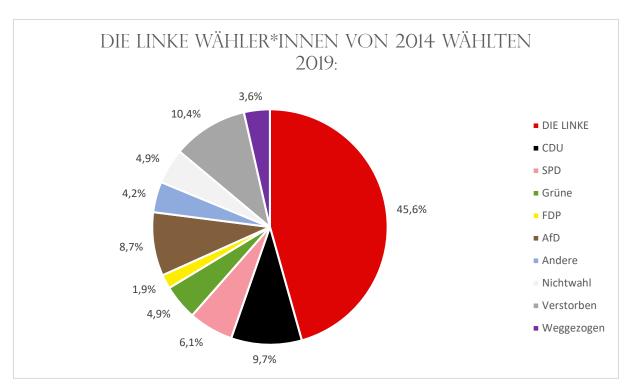




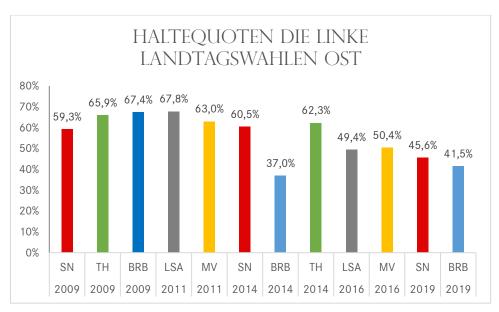
Auf dieser Ebene lässt sich die Korrelation, die noch auf Ebene aller Wahlkreise zu erkennen war, so nicht wiederfinden. Auch länger zurückreichende Bevölkerungsbewegungen (2011 bis 2017, 1990 zu 2017) bilden entsprechendes nicht ab. Wie aber ließen sich diese divergierenden Ergebnisse auf Ebene aller Wahlkreise einerseits und innerhalb der Gemeinden ohne die vier größten Städte andererseits interpretieren? Eine naheliegende, wenn auch vage, Vermutung ist die, dass bspw. bei der demografischen Entwicklung weniger um die tatsächliche Entwicklung auf Ebene der Gemeinde geht, sondern eher um eine auch durch das allgemeine Lebensumfeld geprägte Wahrnehmungsebene, bei der ferner nicht zwischen den doch verschiedenen Lebenswirklichkeiten in Mittelzentren oder Kleinstädten unterschieden wird, sondern der prägende Parameter "Großstadt" oder "nicht Großstadt" ist. Das möglicherweise positive demografische Saldo einer Gemeinde oder eines Ortsteils würde sich dementsprechend kaum auf die Wahrnehmung einer allgemeinen negativen demografischen Entwicklung der Region kaum auswirken. Ein Effekt, der so ähnlich auch in Debatten und Kriminalität und Sicherheit zu beobachten ist.

#### 4.6. Ergebnisse der Wähler\*innenwanderungen

Die Wählerwanderung basiert auf den Wahltagsbefragungen ("Exit Polls") der Umfrageinstitute, in diesem Fall von Infratest dimap. Diese Befragungen sind im Allgemeinen recht treffsicher, aber leider sind gerade die besonders spannenden Zahlen der Wählerwanderungsbewegungen die problematischsten. Das liegt nicht an der Zahl der Befragten, sondern an der Frage. Um die Wanderung zu berechnen, werden Wählerinnen und Wähler auch gefragt, wen sie bei der letzten Wahl gewählt haben. Diese Rückerinnerungsfrage bezieht sich also auf eine Wahl, die vor fünf Jahren stattgefunden hat und seit der mehrere weitere Wahlen anderen Typs vergangen sind. Wenn man keine Wechselwählerin/kein Wechselwähler ist und zu jeder Wahl die gleiche Partei wählt, lässt sich diese Frage leicht beantworten. Wechselt man aber zwischen Parteien (selbst, wenn es nur zwei sind), splittet Erst- und Zweitstimme und kann diese ggf. nicht genau auseinanderhalten, wird die Beantwortung dieser einfachen Frage rasch sehr kompliziert und fehleranfällig. Das heißt nicht, dass die Wanderungszahlen unbrauchbar sind, aber dass sie eher eine grobe Orientierung bieten. Das bedeutet gleichfalls, dass die auch hier verwendeten Werte trotz ggf. angegebener Nachkommastelle nicht so präzise sind, wie sie auf den ersten Blick wirken.



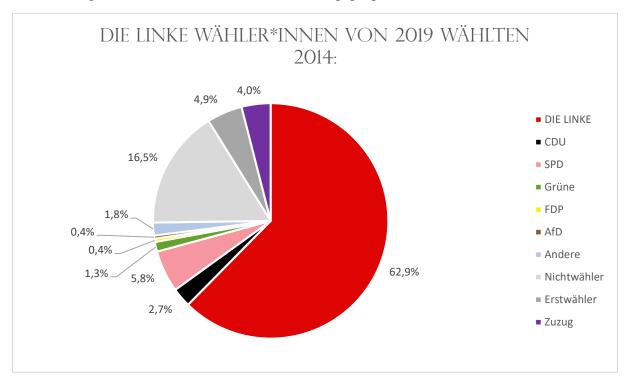
DIE LINKE erreicht bei der Landtagswahl 2019 eine Haltequote von ca. 46 %. Das heißt, so viele Wählerinnen und Wähler der Vorwahl machten ihr Kreuz erneut bei DIE LINKE. Knapp 15 % unserer Wählerinnen und Wähler kamen gar nicht erst in diese Versuchung, da sie entweder das Bundesland (ca. 4 %) verließen oder verstorben sind (ca. 10 %). Knapp 5 % beteiligten sich nicht an dieser Landtagswahl und über ein Drittel wählte bei dieser Wahl eine andere Partei. Knapp ein Fünftel entschied sich für eine der Parteien des rechten Lagers, nur etwas mehr als ein Zehntel wanderten zu SPD (ca. 6 %) oder Grünen (ca. 5 %) ab. Die Haltequote bewegt sich deutlich unterhalb des Niveaus von 2014 (ca. 60 %, - 15 %-Punkte) aber auf dem Niveau der jüngsten Landtagswahlen in den drei anderen ostdeutschen Bundesländern:



Mit Blick auf die Abwanderung zu anderen Parteien oder demografisch bedingte Verluste zeigen sich bei dieser Landtagswahl gleich mehrere Rekorde der weniger erfreulichen Art:

Α	BWANI		O DEL .	LANDT N AB 19	1100111	AHLEN	IN	
20% 15% 10% 5% 0%	9,7%	6,1%	4,9%	8,7%	6,1%	4,9%	10,4%	3,6
0%	CDU	SPD	Grüne	AfD + NPD	Andere + FDP	Nichtwahl	Verstorben	Wegzug
■ 1999 19.9.99 SN	4,4%	1,8%	0,6%	0,6%	0,9%	13,5%	8,5%	3,2%
■ 2004 19.9.04 SN	2,7%	4,6%	1,3%	2,3%	2,5%	19,0%	8,3%	3,1%
2009 30.8.09 SN	3,7%	6,3%	2,0%	0,4%	3,5%	12,8%	8,1%	3,9%
2014 31.8.14 SN	3,5%	4,3%	1,1%	4,6%	3,0%	8,6%	10,3%	4,1%
■ 2019 1.9.19 SN	9,7%	6,1%	4,9%	8,7%	6,1%	4,9%	10,4%	3,6%

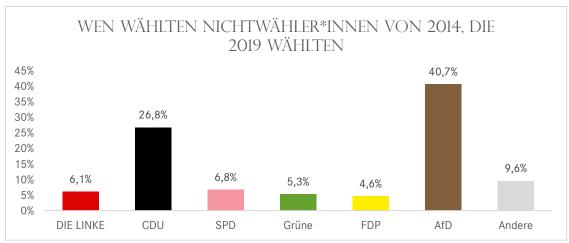
Während der Anteil der verstorbenen oder verzogenen Wählerinnen und Wähler sich auf dem Niveau von 2014 und damit zumindest in ähnlichen Dimensionen wie bei den anderen Landtagswahlen seit 19990 bewegt (wenngleich der regelmäßige "Verlust" von 10 % unserer Wählerinnen und Wähler durch Tod nach wie vor ein Problem bleibt) und auch bei der Abwanderung zur SPD keine nennenswerten Ausschläge zu verzeichnen sind, so haben sich erheblich mehr unserer Vorwahl-Wähler\*innen für die Wahl der CDU entschieden, als das bei einer anderen Wahl im Betrachtungszeitraum der Fall war. Auch der Anteil derjenigen, die nach "Rechtsaußen" gewechselt sind hat sich nahezu verdoppelt. Auch zu den Grünen sind spürbar mehr Wähler\*innen gewechselt als bei allen anderen Wahlen zuvor, auch wenn ihr Anteil mit 5 % deutlich geringer ist, als derjenige der Union, ist er auf Grund der nach wie vor geringen "Größe" der Grünen in Sachsen nicht zu unterschätzen und dürfte vor allem in den Städten stattgefunden haben. So gering wie nie und passend zur hohen Wahlbeteiligung fällt hingegen der Anteil derjenigen aus, die uns bei der Vorwahl ihre Stimme gaben und bei dieser Wahl nicht zur Wahl gegangen sind.



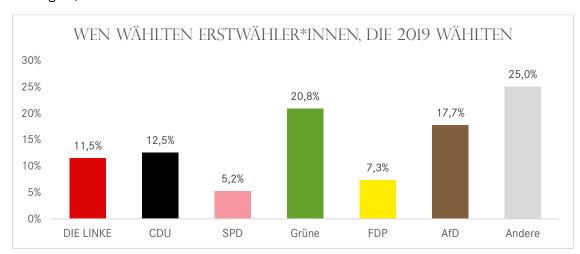
Etwa 63 % unseres Elektorats von 2019 haben uns bereits 2014 gewählt. Den größten Anteil an "neuen" Wählerinnen und Wählern machen mit einem Anteil von ca. 17 % an unseren Stimmen diejenigen aus, die sich 2014 nicht an der Landtagswahl beteiligten. Etwa 5 % sind Erstwählerinnen und Erstwähler und 4 % Zugezogene. Knapp 6 % machen vormalige Wähler\*innen der SPD aus

während die vorherigen Wähler\*innen anderen Parteien nur insgesamt knapp 7 % unserer Wählerinnen und Wähler ausmachen.

#### 4.7. Fokus: Nichtwähler\*innen und Erstwähler\*innen



Vor allem der AfD und in Teilen auch der CDU ist es gelungen, vormalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu aktivieren. Insgesamt 40 % derer, die 2014 der Wahl fernblieben und auch bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen hätten teilnehmen können, haben sich im September 2019 für eine Wahlteilnahme entschieden. Nur 6 % der vormaligen Nichtwähler\*innen, die sich an dieser Wahl beteiligten, stimmten für DIE LINKE.



Basierend auf den Wanderungszahlen von Infratest dimap erzielte DIE LINKE unter Erstwähler\*innen einen Stimmenanteil von 11.5 %. Stärkste Einzelpartei sind die Grünen mit knapp 21 %, wobei die Sonstigen Parteien ein Viertel aller Stimmen der Erstwähler\*innen bekommen. Zusammen mit den Stimmen der FDP (ca. 7 %) hat sich damit fast ein Drittel für Parteien entschieden, die künftig nicht im Landtag vertreten sein werden – und deren Chance darauf auch eher gering war. Die AfD schneidet bei den Erstwähler\*innen zwar schlechter ab, als in allen anderen Altersgruppen, erzielt aber dennoch 17.7 %.

## 5. Die Wahlen 2019 im Spiegel der Regionalkonferenzen

Im Rahmen der Wahlauswertung des Wahljahres 2019 wurden neben der Diskussion im Landesvorstand auf der Sitzung am 2. und 27. September 2019, sowie auf der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand fünf Regionalkonferenzen durchgeführt, um die Ursachenforschung in der Breite der Partei zu ermöglichen. Diese fanden in Dresden, Chemnitz, Bautzen. Leipzig und Plauen statt und fanden rege Teilnahme in der Mitgliedschaft. Wie schon beim Landesvorstand und bei der gemeinsamen Beratung wurden die

Diskussionsbeiträge dabei geclustert in drei Dimensionen: der gesamtgesellschaftlichen und durch die Partei kaum zu beeinflussenden, der inhaltlichen und der strategischen Dimension. Darüber hinaus wurden Schlussfolgerungen gesammelt. In diesen Clustern sollen die dabei am häufigsten angebrachten Punkte im Folgenden beschrieben werden.

#### 5.1. Gesamtgesellschaftliche Faktoren

In der Debatte um die Wahlauswertung spielten selbstverständlich die zugespitzte gesellschaftliche Situation und der gesellschaftliche Rechtsruck eine Rolle. Dabei wurde gerade die Rolle der AfD als "neue" Protestpartei gesehen. Protestpotential, welches DIE LINKE in sozialen Protesten noch für sich gewinnen konnte, ist dabei verloren gegangen. Derzeitige gesellschaftliche Protestbewegungen finden jenseits der sozialen Frage statt oder werden von dieser nur mittelbar berührt. So würde, so die öfters geäußerte Meinung, die AfD Protestpotential einsammeln, auch in den klassischen WählerInnengruppen unserer Partei. Auch eine gewisse soziale Dimension sei dabei nicht zu leugnen. Verlust- und Abstiegsängste seien dabei auch Triebfeder rechter Protestbewegungen.

Der Repolitisierung der Gesellschaft stünden dabei anhaltende Politikverdrossenheit, Skepsis gegenüber der Demokratie und auch fehlende Kenntnis über die (tatsächlichen) Positionen politischer Parteien entgegen. Emotionalisierung ersetze zu oft in der Entscheidung die inhaltliche Dimension. Insbesondere der neoliberale Umbau der Gesellschaft, Marginalisierung ganzer gesellschaftlicher Gruppen, Vereinzelung und Abbau sozialer Sicherungssysteme habe dabei zur anhaltenden Politikverdrossenheit beigetragen. Das Vertrauen vieler Menschen in die parlamentarische Demokratie wurde dadurch unterminiert.

Die anhaltende Diskursverschiebung nach rechts wurde ebenfalls genannt. Das gesamte politische System sei nach rechts gerückt. Die Partei habe mit ihrer menschenrechtlichen Position, bspw. mit der zum Bleiberecht dabei an Boden und gesellschaftlicher Akzeptanz verloren. Die jahrzehntelang sichere Abgrenzung nach rechts ist mit dieser Diskursverschiebung erodiert. Abgrenzung zu antidemokratischen und faschistischen Kräften findet in der Gesellschaft immer weniger statt.

Auch habe DIE LINKE in den vergangenen Jahren ihre Position als Stimme des Ostens verloren – nicht nur selbst betrieben, sondern auch in Folge eines Generationswechsels der WählerInnenschaft. Während die ostdeutsche Frage bei älteren WählerInnen immer noch eine wesentliche Rolle spiele, habe die Bedeutung dieser Frage gerade bei jüngeren Menschen deutlich abgenommen. Diese Faktoren sind nur mittelbar durch die Partei beeinflussbar gewesen.

Gleichzeitig kämpfe die Partei weiterhin mit ihrem Erbe. Sie werde auch heute noch als SED-Nachfolgerin wahrgenommen. Gerade der Begriff des Sozialismus sei weiterhin schwer belastet. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern fehlt der Partei darüber hinaus jegliche gesellschaftliche Gestaltungsoption, der gesellschaftliche Bedeutungsverlust linker Ideen nach der Wende sei noch nicht überwunden. Dezidiert LINKE Projekte würden nach langem Ringen von anderen Parteien umgesetzt und diesen zugeschrieben. Als Beispiele hierfür wurden bspw. Mindestlohn, Aussetzung der Wehrpflicht, Abschaffung der Praxisgebühr genannt. Auch die Wahrnehmung der Partei als Kümmererpartei habe abgenommen. DIE LINKE würde zu oft als verkopft wahrgenommen und jenseits der Interessen der einfachen Menschen.

#### 5.2. Inhaltliche Faktoren

Stark umstritten waren die inhaltlichen Faktoren auf den Regionalkonferenzen. Zum Teil wurden die basisdemokratisch vereinbarten Schwerpunkte zur Landtagswahl und das Landtagswahlprogramm als zu sozialdemokratisch beschrieben, so dass die Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien zu geruing gewesen sei, zum Teil als zu visionär, dass man sie hätte in einer Landtagswahl vermitteln können. In der Breite jedoch wurden die Inhalte als richtig und orientiert am Markenkern der Partei beschrieben. Im Hinblick auf die lange gesellschaftliche Tradition der Partei wurde jedoch bemängelt, dass es DIE LINKE insgesamt zu lange verpasst habe, ihre Position an die aktuellen politischen Gegebenheiten anzupassen.

Kritisiert wurde auch eine unklare Haltung zu Klima, Innerer Sicherheit und Flüchtlingen. Zu selten habe DIE LINKE in den letzten Jahren klargestellt, dass die über allem stehende Fluchtursache die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse gerade in der Beziehung der ersten zur "dritten" Welt sei. Überhaupt sei die Kapitalismuskritik im Hinblick auf die Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse zu kurz gekommen, auch und gerade in der Klimadebatte. Auch hätten viel zu oft politische Randthemen die Berichterstattung über die Partei dominiert, als Beispiel dafür wurde die Abschaffung von Altersgrenzen bei Wahlen benannt. Auch Debatten über das Bedingungslose Grundeinkommen würden eher als Kritik an Arbeit und Arbeitenden verstanden und seien somit unpopulär. Dagegen seien thematische Alleinstellungsmerkmale wie Solidarität und Frieden in den letzten Jahren nicht hinreichend vorgekommen.

Einige kritisierten auch eine vermeintlich falsche Schwerpunktsetzung: So habe das Thema Umwelt in der letzten Zeit auch bei uns dominiert, während Themen wie der Pflegenotstand nicht hirneichenden Raum erhalten hätten.

Zu häufige seien in der Vergangenheit darüber hinaus Debatten in der Partei wegmoderiert worden und nicht ausgetragen worden. Dies hinterlasse programmatische Unklarheit und Unschärfe für die WählerInnen. Als Beispiele genannt wurden dabei das BGE, der Umgang mit Geflüchteten oder das Verhältnis zur EU.

Kritisiert wurde auch der Mangel an einem politischen Subjekt in unserer Erzählung: Wer ist aktuell die unterdrückte Klasse, der wir gesellschaftliche Veränderung zutrauen und als deren Vertreterln wir uns sehen? Symptomatisch sei dabei, dass gerade diejenigen, die wir glauben, zu vertreten, uns am seltensten wählen oder sich in der Partei engagieren. Es stehe die Frage, ob sich die Zielgruppe in unserer politischen Praxis überhaupt vertreten fühle. Der Partei würde insgesamt ihre oppositionelle Haltung zum politischen System nicht mehr abgenommen. Zu sehr sei sie Teil des parlamentarischen Systems und stehe somit im Kapitalismus vor dem Problem, das System nicht ändern zu können. Auch das Verhalten anderer Landesverbände oder Gliederungen der Partei beim Abstimmungsverhalten im Parlament unterminierten die Glaubwürdigkeit der sächsischen LINKEN. So wurde beispielsweise die klare Haltung in Fragen des Polizeigesetzes oder zu Braunkohle durch das politische Handeln anderer Strukturen in Frage gestellt.

#### 5.3. Strategische Faktoren

Die Sichtbarkeit der Partei insgesamt wurde bemängelt. So sei die Partei zwar vor allem im digitalen Raum durchaus präsent, aber diese liege außerhalb der Wahrnehmung vieler WählerInnen. Auch habe die Wahrnehmung der Partei in Bündnissen gelitten. Zu selten sei die Partei als Partei – obschon personell vertreten – als Kraft gegen rechts in Erscheinung getreten. Symptomatisch sei das Auftreten im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung für längeres gemeinsames Lernen gewesen. Unsere Zielgruppe fühle sich so von unserer Ansprache und unseren Inhalten scheinbar nicht mehr vertreten.

Die Frage stelle sich, ob wir im Parlament die Funktion, die uns die WählerInnen zugedacht haben, überhaupt noch erfüllen. So reagiere die Partei zu oft auf das Agieren anderer, aber zu selten mit eigenem sozialistischem Anspruch. Wir würden als zu brav empfunden. Darunter leide die Wahrnehmung der Partei insgesamt. Eine Strategie gerade für den ländlichen Raum sei in den letzten Jahren zu wenig griffig gewesen. Dazu beigetragen habe auch, dass das Spitzenpersonal eher nach Quote als nach Qualifikation ausgesucht worden sei und eine mangelnde Verknüpfung von Kommunalund Landespolitik, bzw. der Politik über die Ebenen zu beobachten gewesen sei. Uns fehlten dazu die charismatischen Köpfe. Notwendig sei eine langfristige Personalpolitik, um geeignete Kandidat\*innen aufzubauen und zu schulen. Auch wird die bessere Konsultation von ExpertInnen und die Einbeziehung parteiinterner Expertisen als notwendig erachtet.

Schwach ausgeprägte Strukturen im ländlichen Raum und ein zu geringer Frauenanteil wurden problematisiert. Zu wenig aktive Ehrenamtliche führten so zu einer notwendigen Professionalisierung der Arbeit im Hauptamt. Auch sei die fehlende Gefolgschaft der Ebenen bei durch Bundes- und Landesebene etablierten Kampagnen und Entscheidungen ein Problem. Mangelnde Transparenz in der Entscheidungsfindung – auch personell, wie bei der Landesliste – wurde kritisiert. Im Mittelpunkt stünde zu oft eine Politik zur Selbstprofilierung anstatt tiefgehender Auseinandersetzung mit den Themen. Innere Streitigkeiten und Zerrissenheit der Partei würden dabei von den WählerInnen eher wahrgenommen als eigene Themen. Dies dringe nach außen und liefere kein gutes Bild ab.

#### 5.4. Schlussfolgerungen aus den Regionalkonferenzen

Die Partei insgesamt brauche einen radikaleren Umgang mit ihrer Politik. So müsse im Mittelpunkt stehen, den Weg zum Sozialismus zu beschreiben statt das Ziel des Sozialismus allein zu proklamieren. Linke Zukunft brauche dabei die Erinnerung an die Vergangenheit sowohl nach innen als auch nach außen. Das Parlament sei dabei als Bühne zu benutzen. Im Mittelpunkt stehe dabei die verständliche und nachvollziehbare Wortwahl, statt der komplexen und vollständigen Beschreibung von politischen Entscheidungen.

### 6. Zusammenfassung und Ausblick

Mit den Landtagswahlen 2019 endete für DIE LINKE in Sachsen ein dramatisches Wahljahr. Die Landtagsfraktion der Partei ist nahezu halbiert, die kommunale Basis um ein Drittel weggebrochen. Die Frage nach der Rolle und Funktion der Partei im Parteiensystem des Freistaates Sachsen steht offen auf der Agenda.

So konnten wir keines unserer strategischen Wahlziele zur Landtagswahl erreichen: Wir konnten unseren zweiten Platz im politischen System des Freistaates zu verteidigen. Die Führungsrolle im linken Lager ist angesichts des Eintritts beider potentieller PartnerInnen in eine Koalition mit der CDU in Frage gestellt. Wir sind weit von dem Ziel, angesichts der politisch fluiden Situation des Parteiensystems mindestens 20% der Stimmen für DIE LINKE zu erreichen, bei weitem nicht entsprechen. Bei den U35-jährigen, bei Frauen, aber auch den 45- bis 59-Jährigen konnten wir nicht stärker abschneiden als in der Vergangenheit. Über das Direktmandat im Leipziger Südwahlkreis hinaus, was wir verteidigen konnten, konnten wir keine weiteren Direktmandate hinzugewinnen. Wir wollten mit unserer Kampagne sachsenweit sichtbar sein. Unser Ziel, gerade jenseits der Großstädte auch dort präsent zu sein, wo wir in der Vergangenheit wenig sichtbar waren, haben wir mit vielfältigen Touren und Veranstaltungen zwar versucht zu erreichen, allerdings war die Wirkungsmächtigkeit dieses Auftretens mangels medialem Interesse eher durchwachsen. Auch unser Ziel, weiter zu wachsen und nach Jahren des Neumitgliederzustroms in diesem Jahr mindestens 500 neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen können, ist nach aktuellem Stand nicht zu erreichen.

Als Partei schaffen wir es nicht, Frauen zu aktivieren und für unsere Inhalte zu begeistern. Wenngleich wir im Programm und mit Materialien gut aufgestellt sind, schaffen wir es nicht, das offensiv weiter zu tragen. Überdurchschnittliche Ergebnisse bei Frauen wie bspw. in Thüringen haben wir nicht erreicht. Dabei ziehen Frauen Frauen an! Ansprache, Bild und Kommunikation spielen da eine große Rolle. Thematisch ging es am Stand immer wieder um klassische "Frauenthemen", wie Rente, Löhne, Kita. Eine Gleichstellungsperspektive gilt es hier im Material weiterhin zu erarbeiten.

Einigkeit in der Partei besteht offenbar auch nach vielen Auswertungsrunden bspw. auf den Regionalkonferenzen darin, dass das Ergebnis nicht mit singulären und kurzfristigen Entwicklungen zu erklären ist. Die nicht zuletzt vor dem Kampagnenstart breit diskutierte, aber nicht unumstrittene Kampagne mag ihre Schwächen gehabt haben und daraus müssen wir lernen. Sie ist jedoch keine Erklärung für ein massives Einbrechen der sächsischen LINKEN im Wahljahr 2019 insgesamt und auch nicht für den Verlust von fast neun Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl.

Insgesamt ist es ein weiteres Mal gelungen, eine weitestgehend professionell geführte Kampagne durch Ehrenamtliche umzusetzen. Organisatorische Schwächen gilt es in der organisatorischen Wahlauswertung zu analysieren und für die Zukunft zu beheben. Das Engagement der GenossInnen, gerade auch nach den Tiefschlägen im Mai, ist dabei nicht hoch genug einzuschätzen. An dieser Stelle will sich die Wahlkampfleitung noch einmal ausdrücklich für die durch viele GenossInnen im Freistaat und den vielen externen HelferInnen geleistete Arbeit herzlich bedanken. Die Ergebnisse bleiben jedoch hinter den Erwartungen deutlich zurück. Am Engagement der Vielen lag dies jedoch nicht.

Die Krise der Partei – nicht nur im Landesverband – ist älter. Spätestens seit 2008/2009 sind rückläufige Wahlergebnisse für uns keine Neuigkeit mehr. Wir haben jedoch als Gesamtpartei fast 10 Jahre ins Land gehen lassen, ohne die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Der gesellschaftliche Rechtsruck und die als krisenhaft wahrgenommene Situation des Parteiensystems waren in Sachsen Katalysator dieser Entwicklung. Eine Entwicklung, der wir nichts mehr entgegen zu setzen hatten. Diese Erkenntnis schmerzt und mahnt gleichwohl zur deutlichen Umsteuerung.

Die sächsische LINKE steht, wie die Gesamtpartei, an einem Scheideweg. Es geht nicht weniger als um die Neupositionierung der Partei insgesamt. Der in Sachsen eingeschlagene Weg der Orientierung auf den Markenkern, streng an der sozialen Agenda der Partei und mit dem notwendigen Radikalismus bei der Benennung gesellschaftlicher Alternativen jenseits des Kapitalismus ist dabei Ergebnis eines basisdemokratischen Verständigungsprozesses gewesen und breit in der Partei getragen. Die Neuaufstellung der Partei vor der Landtagswahl 2019 als klare sozialistische Kraft, die nicht nur die Systemfrage stellt – was zur Gründung der Partei noch Alleinstellungsmerkmal war, nunmehr aber von vielen gesellschaftlichen Kräften betrieben wird –, sondern vielmehr die Systemantwort gibt – die des demokratischen Sozialismus – sollte aus Sicht der Wahlkampfleitung weiter betrieben werden. Ziel ist es, eine eigene Sichtbarkeit der Partei mit klarer und verlässlicher Agenda in der Wahrnehmung der Menschen zu erarbeiten. Für diesen Wahlgang waren die dahingehenden Bemühungen zu wenig und zu spät.

Die sächsische LINKE hat die Chance, ihren Platz im Parteiensystem (wieder) zu finden. Dazu bedarf es jedoch der solidarischen Anstrengung aller – von der Basis über die Gremien bis hin zu den Fraktionen. Der damit verbundene notwendige neue Aufbruch muss mit der 2. Tagung des 15. Landesparteitages verbunden werden. Das Signal muss lauten: Wir sind wieder da. Und wir haben verstanden. Wir werden unseren Teil dazu leisten.

### Teil II: Anlagen zur Wahlauswertung

Vorbemerkung: Wie im Landesvorstand, auf der gemeinsamen Beratung und auf den Regionalkonferenzen angekündigt, wollen wir an dieser Stelle Zuschriften zu den Ergebnissen des Wahljahres 2019 und den notwendigen Ableitungen dokumentieren – auch, um den Pluralen Ansätzen in unserer Partei den Raum zur Artikulation und Diskussion zu geben. Es handelt sich dabei um eine Auswahl von Zuschriften, deren Inhalt zur Veröffentlichung bestimmt ist. Die Reihenfolge ergibt sich aus dem Posteingang und gibt keine inhaltliche Wertung wieder. Alle Zuschriften zur Auswertung der Landtagswahl sind durch die Wahlkampfleitung ausgewertet worden und in die Wahlauswertung eingeflossen.

+ \* \*

#### Anlage 1

# Fragend schreiten wir voran

Das war vor noch nicht allzu langer Zeit eine Parteitagslosung der sächsischen Linken. Angesichts der Katastrophe vom 1. September muss man sie wieder aufnehmen, denn noch stehen wir ratlos da. Es sind die richtigen Fragen zu stellen und gute Antworten darauf zu finden, soll sich das ändern.

Wir sind mit 10,4% der Stimmen in Sachsen auf den Stand unseres Anfangs im Jahr 1990 (10,2%) zurückgeworfen, obwohl wir dazwischen schon bei 23,6% standen und vier Wahlperioden lang (das sind 20 Jahre) die zweitstärkste Fraktion im Sächsischen Landtag stellten. Sind wir da plötzlich eingebrochen oder hat sich das lange angebahnt? Die Frage aller Fragen. Haben wir zu früh gejubelt, nicht mehr nur als PDS Ostpartei zu sein, sondern uns nach der Fusion mit der WASG als DIE LINKE gesamtdeutsch etabliert zu haben?

Die zuerst zu stellende Frage ist, gibt es trotz der etwa gleichen Prozentzahl einen Unterschied im Vergleich zu 1990? Dazu kann man zunächst sagen, dass es diesen geben muss, weil wir jetzt ja schon einmal besser waren; damals nicht.

Die Zahl damals war die des Einstiegs in die politischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik und des Freistaates. Das Ziel damals war, zu beweisen, dass der Kapitalismus nicht die letzte Antwort der Geschichte auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme sein kann und, egal welches Schicksal konkrete Sozialismusversuche erleiden, die Vision einer sozialistischen Gesellschaft nicht für alle Zeit von der Tagesordnung genommen ist und dass man sich mit dieser Vision als Analyse- und Gestaltungsgrundlage politisch einmischen will und kann. Das gelang uns zunehmend - durch Höhen und Tiefen - als PDS bis 2004 und schwächte sich seither in verschiedenen Konstellationen ab. Die Verluste zumindest in Sachsen waren jedoch bis 2019 nie so, dass sie als außerhalb der möglichen, aber nicht wirklich existenzgefährdenden Schwankungen bei Parlamentswahlen verstanden werden mussten. Dennoch hätte uns der kontinuierliche Abwärtstrend bei den Zweitstimmen seither mehr beunruhigen müssen. Erfolge nach der Katastrophe bei Bundestagswahlen und Erfolge in westlichen Bundesländern ließen uns wohl zuversichtlich bleiben. Die Sicherheit des zweiten Platzes im sächsischen Parteiengefüge tat ihr Übriges.

War die Folge eine Vernachlässigung des Ostens und der besonderen Situation der Menschen, die dort leben? Was hätte deren Los mit Kapitalismus zu tun und wie kann man das verständlich erklären? Hat die Frage nach dem "Verständlich-Erklären" etwas mit unserer Mitgliederentwicklung zu tun? Wieso kann man mit "Ende Gelände" in Leipzig ein beachtliches Wahlergebnis erzielen, nicht aber im Lausitzer Kohlerevier? Haben wir Konzepte und Sprache, mit denen man Menschheitsinteressen (Klima, Frieden, Abbau von Fluchtursachen) mit Gruppeninteressen (Arbeitsplatz, Wohlstandssicherung) im Konfliktfall lösungsorientiert verbinden kann? Können denn nur unmittelbar nicht betroffene Intellektuelle begreifen, dass mit der Arbeit in der Kohle auch am eigenen Unter-gang dieser Arbeit gearbeitet wird und nicht die dort Arbeitenden selbst? Könnte es nicht auch sein, dass

man in den Kohlerevieren gerade als Resultat eines Zusammenwirkens und Zusammendenkens mit Intellektuellen in allen Aspekten tragfähige Lösungen erhofft? Kann unsere Partei dafür die Begegnungsräume und die gemeinsame Sprache geben?

Welchen Gebrauchswert hat eigentlich unsere Partei DIE LINKE? Wieso werden wir bei Kommunalwahlen in Leipzig stärkste Partei, man traut uns aber bei den gleichzeitig stattfindenden Europa-wahlen nur wenig zu? Kann das wer auf die Schnelle erklären?

Juliane Nagel verteidigt in Leipzig ihr Direktmandat. Warum? Sie könnte es wahrscheinlich kaum anderswo. Oder? Besser fragt man, wieso man in Leipzig Connewitz mit konsequentem und tätigem Antifaschismus und Antirassismus Wahlen gewinnen kann, in Görlitz und anderswo aber nicht?

Dietmar Pellmann erkämpfte einst ein Direktmandat für den Landtag in Leipzig Grünau. Seinem Sohn gelang ein noch größeres Kunststück, als er dort das Direktmandat für den Bundestag holte. Warum? Hätten die beiden das auch nach Belieben anderswo geschafft? Vielleicht in anderen groß-städtischen, soziostrukturell vergleichbaren Plattenbausiedlungen. Wieso haben wir das aber nicht wirklich geschafft?

Wieso machte unser Dorfkonsum drei Mal Pleite, obwohl wir meinen, er wäre so wichtig? Der tatsächliche Skandal sind die fünf mit öffentlichen Mitteln geförderten Supermärkte in der drei Kilometer entfernten Kleinstadt, wo wahrscheinlich auch zwei für die Stadt und das Umland gereicht hätten. Noch dazu gehören die Märkte trotz unterschiedlicher Namen zum Teil zum gleichen Konzern. Mindestens zwei stehen fast dauernd leer. Wer ein Auto hat, nutzt zum Einkauf oft auch die nahe Großstadt, wo er oder sie arbeitet. Ein Auto haben aber fast alle, dem mangelhaften ÖPNV geschuldet. Wo setzt man also den Wahlkampf an? Beim Dorfkonsum, beim Überangebot an Supermärkten oder beim ÖPNV, oder beim Kapitalismus, der uns das Dilemma eingebrockt hat? An welcher Stelle in diesem Problemgefüge stoßen wir auf Aufmerksamkeit und Verständnis?

Ist die Bahnhofsgaststätte wirklich so wichtig, wenn es sie nicht mehr gibt oder sind es die Zustände der Bahnhöfe allgemein, die den Unmut erregen? In Naunhof (Sachsen) gibt es ein Cafè am Bahnhof mit Toilette. Im Bahnhofsgebäude hat sich der Kreissportbund etabliert. Der Bahnhofs-vorplatz mit Busbahnhof ist adrett und übersichtlich gestaltet. Es sind für Pendler ausreichend Parkplätze vorhanden. Der Bahnhof lebt. Anders ist das zum Beispiel in Kirchmöser (Brandenburg). Dort beginnt das Berliner Tarifgebiet. Viele Leute fahren mit ihren Autos dort hin, um billig mit der Bahn nach Berlin weiterzufahren. Es fehlen ausreichend Parkplätze. Geparkt wird im Wald. Der Bahnhof ist tot, Fenster und Türen mit Brettern verschlagen. Es gibt keine Toiletten. In der Not muss der Wald oder Tunnel zwischen den Bahnsteigen herhalten. Das sieht und riecht man. Wo greift man in den beiden so unterschiedlichen Fällen mit dem Wahlkampf ein? Ist der Kapitalismus schuld oder sind es unfähige Politiker? Wo sucht man die Lösung? Wie verbindet man dabei Kapitalismuskritik mit besseren praktischen Angeboten?

Fragen wir noch allgemeiner: Wie kann es gelingen, bei einer gemeinsamen kapitalismuskritischen, in der Konsequenz der Kritik aber schon pluralistischen Grundposition die Differenzierungen in der Gesellschaft in unseren regionalen, sozialen und thematischen Angeboten ausreichend so abzubilden, dass wir in verschiedenen regionalen, sozialen und durch thematische Favorisierungen geprägten Milieus möglichst dort gleiche Chancen haben, wo wir das wollen.

Haben wir alle eigentlich ausreichend begriffen, dass bei Wahlen eine Partei ihren Gebrauchswert zuvörderst für Menschen außerhalb der Partei nachweisen muss? DIE LINKE hat in Sachsen etwas über 7.000 Mitglieder. Würden uns nur diese wählen, wären wir weg vom Fenster. Das galt auch schon, als wir noch über 30.000 Mitglieder hatten. Ich frage deshalb, wie entstehen unsere Wahlprogramme? Sind es Programme, die Angebote machen, die weit über die Partei hinaus für Menschen in differenzierender Art und Weise verständlich und attraktiv sind, oder sind die stundenlangen quälenden Kämpfe oft nur um Worte und Satzzeichen eher dazu da, um in der Partei Harmonie zwischen allen letzten Gewissheiten herzustellen? Unterscheiden wir dabei immer ausreichend, dass

wir mit einem Wahlprogramm vornehmlich über fünf Jahre künftiger Parlamentsarbeit Auskunft geben und nur sehr vermittelt auch in Geschichte eingreifen? Unterscheiden wir also ausreichend zwischen Partei- und Wahlprogramm? Haben wir darüber schon ernsthaft nachgedacht und Konsequenzen daraus gezogen? Kann man das für das Entstehen des letzten Landtagswahlprogrammes schon einräumen oder haben wir uns doch am Ende wieder in den alten Mechanismen verheddert? Und noch etwas. Wenn Wahlen über den Weg der nächsten fünf Jahre entscheiden, aber nur sehr bedingt über unsere qualitativen Eingriffe in Geschichte, wäre dann nicht sogar die Überlegung zu-lässig, mit wem man diese 5 Jahre geht (oder gegen wen), wenn sich dadurch aus unserer Sicht Vorteile für jene ergeben, die wir vertreten wollen und damit auch Sympathie für unser Ziel des Demokratischen Sozialismus? Klartext: Es kann auch kein zeitlich beschränktes Miteinander mit rechtsextremen, rassistischen, fremdenfeindlichen, antihumanistischen und antidemokratischen Parteien geben. Wie ist es aber mit Parteien des bürgerlichen Lagers, auf die dies nicht zutrifft? Wahrscheinlich sind wir ohnehin inkonsequent, weil wir einer weitgehenden Illusion eines "linken Lagers", das Bündnis 90/Grüne und SPD einschließt, erliegen, obwohl daran auch berechtigte Zweifel geübt werden können. Also eröffnet uns die Unterscheidung von Gestaltung und gesellschaftlicher Veränderung (bei Wissen um ihr dialektisches Verhältnis) politische Wege, die man nicht gleich als Ab-kehr vom Anspruch der Systemopposition verdächtigen muss?

Was hilft uns also die revolutionäre Attitüde und der Hinweis auf unser Ziel des Demokratischen Sozialismus? Verheimlichen sollten wir das nicht. Wie man es jedoch als Vorzug und Positivum, als mehrheitsfähige Zukunftsvorstellung in die Gesellschaft trägt, wer weiß und kann das wirklich? Brauchen wir nicht dringend eine Erzählung vom Demokratischen Sozialismus, nicht als Schlaraffenland, aber als eine Gesellschaft der realen und praktizierten sozialen Gerechtigkeit, der nachvoll-ziehbaren demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle vom unmittelbaren Lebensbereich in der Kommune bis zum Globalen, dem allgemeinen und ungehinderten Zugang zu Bildung und Kultur aller Ausprägungen und Qualitäten, der Befreiung von Armut und Begrenzung von Reichtum, einer Gesellschaft, in der jede/r nach ihren und seinen Fähigkeiten und gesellschaftlich vertretbaren Bedürfnissen leben kann

Politisches und ökonomische System bringen uns in Konkurrenz zu anderen und in Konkurrenz untereinander. Wie bewältigen wir das in Solidarität für das große Ziel sozialer Gerechtigkeit? Wie stellen wir für uns die Wirkungen dieses Systems hintan und befreien uns dadurch von ständigen Verdächtigungen unserer bezahlten Politiker\*innen, aber auch von unangebrachtem Ehrgeiz und illegitimer Besitzstandswahrung der Funktionsträger\*innen? Wäre eine Reduktion der Politiker\*innenbezüge durch freiwillige Abgaben bis zur Höhe des Durchschnittseinkommens für einen Sozialfonds (Grazer Modell) unangebracht und eine unangemessene Einschränkung der Möglichkeiten der Politiker\*innen oder ein konkreter Vorgriff auf demokratisch-sozialistische Verhältnisse oder wäre es nur der Versuch, Wählerstimmen zu kaufen?

Befragen wir uns kritisch, geduldig und ehrlich. Und befleißigen wir uns bis zu umsetzbaren Antworten weniger einer Staatsraison, sondern sozialer Rebellion!

Peter Porsch, Nordsachsen

+ \* \*

#### Anlage 2

# "Die Erneuerung der Partei ist unumgänglich – Zeit zum Handeln"

Erklärung von Vertreterinnen und Vertretern Landesweiter Zusammenschlüsse der sächsischen LINKEN zum Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen am 1. September 2019

Bereits im Nachgang der Europa- und Kommunalwahlen vom 26. Mai 2019 haben wir in unserer Erklärung "Tür öffnen für kritische Parteidebatte in der LINKEN" vor den dramatischen Folgen der bisherigen Strategie der Parteiführung auf Landes- und auf Bundesebene gewarnt. Eine Debatte über unsere Kritik fand auf dem sächsischen Landesparteitag am 22. Juni 2019 leider nicht statt.

Der Ausgang der Landtagswahl am 1. September ist katastrophal. Die Partei verlor in Sachsen prozentual fast die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler. In zentralen Altersgruppen (25-34, 35-44, 45-59) sind wir ebenso nur einstellig wie bei Arbeitern. Nahezu durchweg einstellig sind auch die Wahlergebnisse jenseits der drei Großstädte.

Zum niederschmetternden Wahlergebnis trug auch ein Wahlkampf bei, der von gravierenden Fehlern geprägt war: das Spitzenpersonal übte sich in Sandkastenspielen und bot wiederholt einer Regierungspartei, die für die Verbrechen der Treuhand, Massenarbeitslosigkeit, Niedriglohnpolitik und vorprogrammierte Massenarmut im Alter mitverantwortlich ist, eine Tolerierung an. Plakate wurden so gestaltet, dass sie nur für ein Publikum interessant sind, das Spaß an Sprachspielen hat; "Normalbürger", die nur einfach, kurz und klar wissen wollen, wofür wir landespolitisch stehen, wurden so nicht erreicht. In der Frage der Schaffung gleichwertiger Arbeitsplätze für die beschäftigten der Braunkohleförderung wurde ständig laviert. Die Friedensproblematik wurde dort, wo sie Menschen real und konkret betrifft, v.a. entlang der Transitrouten der NATO-Truppentransporte durch Sachsen, nicht aufgegriffen. Dafür versuchte sich eine Kandidatin der LINKEN im MDR in Zahlen-Esoterik.

Die Kommentierung zum Wahlausgang durch die Landespitze ist bislang substanzlos, frei von selbstkritischer Reflexion und wird der Dramatik der Lage nicht gerecht: das Wahlergebnis zeugt von einer existenziellen Krise der LINKEN, deren Dimension über Sachsen weit hinausreicht.

Das Wahlergebnis ist jedoch darüber hinaus vor allem das Resultat eines jahrelangen innerparteilichen Prozesses, in dessen Folge u.a. fachpolitische Kompetenz bei landespolitischen Schwerpunktthemen, berufliche Verankerung in der Gesellschaft und strömungsübergreifender Pluralismus eine immer geringere Rolle spielten. Politikziele der sozialen Gerechtigkeit wurden zugunsten von postmateriellen Zielen bestimmter städtischer Klientels vernachlässigt. Die AfD konnte auch dadurch die ostdeutsche Interessenvertretung für sich reklamieren. Die vielbeschworene Kampagne im ländlichen Raum brachte nicht die erhofften Resultate, stattdessen war gerade hier die AfD besonders erfolgreich - auch auf Kosten unserer bisherigen Wählerschaft. Es ist offenkundig, dass dazu kulturelle Entfremdungsprozesse der LINKEN gegenüber lohnabhängig Beschäftigten, sozial Benachteiligten und Unterprivilegierten beigetragen haben; das ist nicht nur angesichts einer drohenden großen Wirtschaftskrise eine gefährliche Entwicklung.

Die sächsische LINKE muss jetzt aufwachen und sich grundlegend erneuern. Der anstehende Landesparteitag am 16. November 2019 und die im Herbst geplanten Kreis- und Stadtparteitage müssen dabei eine Schlüsselrolle spielen und ein klares Signal für die inhaltliche, strategische und personelle Neuausrichtung setzen. Wir fordern ebenfalls eine Vorverlegung des kommenden Bundesparteitags. Wir erwarten darüber hinaus, dass unsere Vorschläge aus der o.g. Erklärung endlich diskutiert werden: dazu zählt die Stärkung der innerparteilichen Demokratie sowie die Rückbesinnung der LINKEN auf die Politik einer klassenbasierten Interessenvertretung der Lohnabhängigen.

Es ist höchste Zeit, der Linkspartei wieder ein konsequent linkes Profil zu geben.

#### **Unterzeichnende Sprecherinnen und Sprecher:**

Ralf Becker, Sprecher LAG Hartz IV Sachsen Gabi Eichner, Sozialistische Linke Sachsen Thomas Kachel, LAG Frieden und Internationale Politik Sachsen Dr. Volker Külow, Liebknecht-Kreis Sachsen Prof. Ekkehard Lieberam, Marxistisches Forum Sachsen Thomas Michaelis, LAG Betrieb & Gewerkschaft

#### Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Heiderose Gläß, Vorsitzende Ortsverband Löbau Kathrin Kosche, LAG Hartz IV Sachsen Marianne Küng-Vildebrand, Mitglied der LAG B&G Dr. Helga Lemme, Mitglied LAG FIP Felix Muster, Mitglied Sozialistische Linke Sachsen Franziska Riekewald, Mitglied des Parteivorstandes Nico Rudolph, Mitglied des Stadtvorstands Chemnitz Jochen Siegel, Marxistisches Forum Sachsen Lars Stöckner, Sozialistische Linke Sachsen

\*\*\*

#### Anlage 3

Im Rahmen unserer heutigen Mitgliederversammlung haben wir uns mit dem Ausgang der Landtagswahl beschäftigt Als Mitglieder im Ortsverband Hilbersdorf/Ebersdorf haben wir uns engagiert, entsprechend unserer Möglichkeiten, eingebracht. Kritisch betrachteten wir die aufgehängten Themenplakate. Ihre Gestaltung sollte in Vorbereitung der nächsten Wahlkämpfe dringend überdenkt werden.

Bereits mit dem Ergebnissen der Europa-und Kommunalwahl wurde deutlich, wir brauchen eine neue inhaltliche und strategische Ausrichtung unserer Partei auf allen Ebenen. Das Ergebnis der Landtagswahl ist für uns schockierend und katastrophal. All unsere Befürchtungen wurden noch übertroffen. Unsere Partei verlor in Sachsen fast die Hälfte ihrer Wähler und Wählerinnen. In zentralen Altersgruppen (25-34,35-44,45-59) sind wir ebenso nur noch einstellig wie bei Arbeitern und Arbeiterinnen. In der sozialen Schicht der Ü 60-jährigen haben wir ebenfalls Stimmenverluste zu verzeichnen.

Auch haben wir den Status als Vertreterin ostdeutscher Interessen verloren. Trotz der immer mehr erkennbaren, auch durch Personen, rassistischen, nazistischen und asylfeindlichen Ideologie der AfD nahmen immer mehr Wähler und Wählerinnen diese als Vertreter ostdeutscher Interessen war. Dies sollte uns dringend zum Nachdenken anregen und es müssen die entsprechenden Schlussfolgerungen für unsere weitere inhaltliche und strategische Ausrichtung gezogen werden.

Es darf in unserer politischen Arbeit nicht nur eine parlamentarische Ausrichtung geben, sondern muss die außerparlamentarische Arbeit als Schwerpunkt ausgebaut werden. Dies ist dringend notwendig, auch unter der Berücksichtigung der Zusammensetzung der Opposition im gewählten Landtag. Wir sind uns bewusst, dass dies auch unter der Berücksichtigung der altersmäßigen Zusammensetzung unseres Stadtverbandes keine einfache Aufgabe ist. Wir müssen gemeinsam auf die Menschen aller sozialen Schichten zugehen und sie bei der Lösung ihrer Probleme mitnehmen. Wir müssen ihre Sicht auf die gesellschaftliche Entwicklung ernst nehmen und akzeptable Lösungsansätze anbieten. Es bedarf einen klaren Kurs zu welchen wir stehen und mehr Nähe zu der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Die sächsische LINKE muss aufwachen und sich inhaltlich, strategisch und personell neu aufstellen. Der anstehende Landesparteitag im November und der geplante Stadtparteitag spielen dabei eine wesentliche Rolle und sie müssen ein klares und nachvollziehbares Signal dafür setzen.

Wir fordern das Vorziehen des nächsten Bundesparteitages.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Hilbersdorf/Ebersdorf, Chemnitz

\*\*\*

#### Anlage 4

## "Laut zu sagen, was ist ..."

Für eine Linkspartei, die diesen Namen verdient

"Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das 'laut zu sagen, was ist'." - Rosa Luxemburg 1906 (Gesammelte Schriften. Bd. 2. S. 36.)

#### Statt einer Vorbemerkung:

"Ihren Ursprung hat die Malaise der Linken aber darin, dass sie die Imagination einer anderen, einer besseren Welt verloren und den Willen, sie zu erreichen, aufgegeben hat. Die Linke hat das neoliberale Mantra, dass es keine Alternative zum globalen Kapitalismus gebe, im Grund-satz verinnerlicht. Deshalb ist sie keine Kraft der Zukunft, keine Treiberin des Fortschritts, keine Energiequelle von Reformanstrengungen mehr. Sie hat kein eigenes Narrativ einer Gesellschaft jenseits von universeller Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum, Umweltzerstörung, der Auflösung lokaler Gemeinschaften, in der jede Pore des Lebens zur Ware gemacht wird. Die Linke ist nur noch auf dem Papier, in den Grundsatzprogrammen, antikapitalistisch oder sozialistisch. Sie denkt nicht mehr in gesellschaftlichen Antagonismen."

Prof. Dr. Oliver Nachtwey (DIE ZEIT, Nr. 6/2018, 1. Februar 2018.)

#### These 1: DIE LINKE ist in einer existenziellen Krise.

Mit den Wahlen vom 1. September ist ihre Zukunft als bundesweite Partei in Frage gestellt. Sie ist seit Jahren auf Anpassungskurs und dabei, sich als kämpferische sozialistische Partei zu verabschieden.

In Ostdeutschland wird sie vermutlich zur 10-Prozent-Partei. Bundesweit nähert sie sich der Fünf-Prozent-Hürde. In den Wahlgruppen der Arbeiter, der Arbeitslosen und Prekarisierten überhaupt, ist die Wählerschaft der rechten und (prä)faschistischen Kräfte inzwischen mehrfach stärker. Die Lage ist insofern dramatischer als 2002, als die PDS mit vier Prozent die Bundestagswahlen verlor. Sie ist es auch deshalb, weil der Niedergang der Linken in einer Situation stattfindet, in der eine große Wirtschaftskrise mit neuen Angriffen auf den Sozialstaat droht.

Die Partei hat sich schneller geändert, als sie die Gesellschaft verändern konnte. Sie ist den anderen Parteien immer ähnlicher geworden. Als Stimme des politischen Protestes gegen den Kapitalismus, seine sozialen Grausamkeiten und seine Kriegspolitik, wird sie von der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen.

#### These 2: Die LINKE ist in einer Glaubwürdigkeitskrise.

Als kämpferische sozialistische Partei ist DIE LINKE acht Jahre nach der Verabschiedung des Erfurter Grundsatzprogramms kaum noch zu erkennen. Hinsichtlich ihrer Gesellschaftsstrategie hat sie ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Systemfrage stellt sie nicht mehr. Ihre Handlungsorientierung für eine andere Gesellschaft ist farb- und konturenlos geworden: "Die Kritik der politischen Herrschaft war lange ein zentrales Motiv der Linken. Aber nun lebt sie ganz gut mit und vom System." (Oliver Nachtwey).

Ihr Erscheinungsbild ist das einer Partei "pseudoprofessioneller Langeweile und grünlinker Attitüden" (Ältestenrat), einer Partei des Establishments. Die meisten Eckpunkte bundesdeutscher Staatsräson (darunter Schuldenbremse, Sozialpartnerschaft, Totalitarismusideologie, Verklärung der parlamentarischen Demokratie, Kriminalisierung der DDR) akzeptiert sie vollständig oder teilweise. Immer wieder hat DIE LINKE versprochen, mit ihr als Regierungspartei würde es einen politischen Richtungswechsel geben. Weder in Brandenburg und Berlin noch in Thüringen hat im Osten ein solcher Wechsel stattgefunden. Es besteht die Gefahr, dass DIE LINKE mit ihrem Eintritt in die Bremer Landesregierung auch im Westen ihre Glaubwürdigkeit immer mehr verliert.

#### These 3: DIE LINKE hat eine Führungskrise.

Eine Partei, die permanent Wahlen vergeigt, dafür nicht die Verantwortung übernimmt, darüber nicht einmal kritisch diskutiert und ihre bekannteste Politikerin - die Gespür für harte Oppositionspolitik und für die Mobilisierung von Widerstand gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik hat - aus Spitzenpositionen verdrängt, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt.

Die beiden Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben 2014 die Diffamierung der DDR als Unrechtsstaat ebenso nicht verhindert wie 2019 die Zustimmung der LINKEN in Brandenburg zum Polizeigesetz mit neuen autoritären Regelungen. Sie haben die Entwicklung der LINKEN zur "Bewegungspartei" deklariert, aber eine Zusammenarbeit mit den für linke Politik hoffnungsvollen Basisinitiativen ("Aufstehen") abgelehnt. Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass in den verschiedenen Wahlkämpfen der letzten Jahre auf Bundes- und Landesebene eine kämpferische Wahlstrategie weitgehend fehlte.

# These 4: Die Partei hat sich im Illusionstheater des "täuschenden Scheins" (Karl Marx) eingerichtet.

Die LINKE folgt der offiziellen Propaganda von den Wahlen als Vergabe von "Macht auf Zeit". Sie verwechselt permanent die Machtfrage mit der Regierungsfrage. Gepflegt werden die Trugbilder vom "linken Lager" und der "politischen Gestaltung in Regierungsverantwortung". Ihre politische Handlungsorientierung folgt damit Wunschvorstellungen, die unweigerlich in die Sackgasse der Anpassung führen.

Den Klassencharakter der politisch-staatlichen Institutionen thematisiert die Partei in völlig unzureichender Weise. Ohne aber die Klassenfunktion des parlamentarischen Regierungssystems als Integrationsfalle für systemoppositionelle Parteien zu erkennen (und dem entgegen zu steuern), ist auf Dauer eine Immunisierung einer sozialistischen Partei gegen Anpassung unmöglich. Die politische Zähmung der LINKEN in den letzten Jahren belegt erneut die enorme Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems.

Es ist wie in der altgriechischen Legende von Sisyphos: Engagierte Linke rollten 2004 ff. im Kampf gegen die Agenda 2010 den Stein einer systemoppositionellen Partei den Berg hinauf. Er rollt mittlerweile wieder zurück. Ein Parteikonzept, dass dies verhindert, ist nicht in Sicht.

# These 5: Strukturelle Hauptursache der Anpassung der LINKEN ist die Herausbildung einer parteieigenen Sozialschicht.

In der LINKEN wiederholen sich politische Trends und programmatische Entwicklungen, die wir aus den Parteiengeschichten der SPD, der Grünen und der PDS zur Genüge kennen. Sie erklären auch die mangelnde Bereitschaft der Führung der Linkspartei, eine taugliche Debatte über eine Revitalisierung der LINKEN als kämpferische linke Partei zu führen.

Zunächst haben Lenin, Rosa Luxemburg und Robert Michels zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in den 1950er und 1960er Jahren dann Johannes Agnoli und Wolfgang Abendroth, die Ursachen von Anpassungsprozessen linker Parteien in der Herausbildung bürokratischer Strukturen erkannt. Wolfgang Abendroth schrieb, dass sich auch in einer sozialistischen Partei eine "Sozialschicht" herausbildet, die von der Partei lebt und an "der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert ist". Diese agiert "konservativ im Rahmen dieser Aufgabe ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können." Sie verliert damit unweigerlich an "politischer Intelligenz" und entfernt sich zugleich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgibt.

Die Sozialschicht, die von der Partei lebt, ist in der LINKEN und ihrer parteieigenen Stiftung mit ca. 2300 Personen heute bedeutend größer als zu Zeiten der PDS (ca. 1000). DIE LINKE hat gegenüber der PDS ebenfalls signifikant bei den Einnahmen aus der Staatskasse zugelegt. Sie ist durch die

existenzielle Abhängigkeit von pekuniären Zuschüssen und dem Angebot vielfältiger Karrieremöglichkeiten faktisch in eine systemkonforme Oppositionspartei verwandelt worden.

# These 6: Die Entwicklung einer linken Partei von einer Oppositions- zu einer Regierungspartei macht in der Regel ihre Anpassung unumkehrbar.

Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass sich nach der Parlamentsfixiertheit die Regierungsfixiertheit in der LINKEN durchgesetzt hat. Auch auf der Bundesebene soll "rot-rot-grün" 2021 oder später die Rettung der Partei bringen. Mit ihrer Regierungskuschelei hat die Partei in weiten Teilen die Fähigkeit eingebüßt, überhaupt noch die richtigen Fragen zu stellen und Themen zu setzen, mit denen sie durchdringt und öffentlich wahrgenommen wird.

Die grundsätzliche Kritik von Rosa Luxemburg an der Regierungsbeteiligung von Sozialisten ist bis heute aktuell geblieben: Erstens: Ein Sozialist als Mitglied der Regierung "reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Fall auf bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik". Zweitens: Der "Eintritt von Sozialisten in bürgerliche Regierungen (erscheint) als ein Experiment, das nur zum Schaden des Klassenkampfes ausfallen kann". Drittens: Es kann in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft "Augenblicke geben", wo "ihr Anteil an der bürgerlichen Regierung aber als notwendig erschiene, namentlich, wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik handelt". (Gesammelte Werke. Bd. 1.1. S. 485/486.)

Die Erfahrungen der PDS und der LINKEN haben erneut deutlich gemacht, dass linke Regierungsbeteiligungen keine politische Wende befördern, dafür aber den Anpassungsdruck auf die Partei erhöhen und die Interessen von linken Parteipolitikern mit denen der herrschenden politischen Eliten "koppeln" (Johannes Agnoli).

# These 7: In Deutschland und in den meisten Regionen der Welt haben wir es mit einer objektiven Orientierungs- und Gestaltungskrise linker Politik zu tun.

Diese Krise hat vor allen zwei Ursachen: Wir leben heute in einer "demobilisierten Klassengesellschaft" (Klaus Dörre). Und wir haben es mit einer "relativ stabilen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals" (Frank Deppe) zu tun.

Die Offensive und Hegemonie des Neoliberalismus, als Ausdruck vor allem einer sich verschärfenden Krise der Kapitalverwertung, haben den globalen Kapitalismus in eine multiple politische Krise gestürzt. Linke Politik und linke Parteien konnten aber daraus bisher zumeist keinen Nutzen ziehen (Ausnahme ist die marxistische Partei von der Arbeit in Belgien). Ganz im Gegenteil: Die Linken zeichnen sich weltweit hauptsächlich durch "Zerfall und Konfusion" (Domenico Losurdo) aus. Zum Teil folgen sie selbst Leitbildern des Neoliberalismus.

Das erleichtert es rechten Kräften enorm, sich als vermeintliche Alternative zum Kapitalismus darzustellen und von der Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung zu profitieren. Die Gefahr rechter und (prä)faschistischer Massenbewegungen als Herrschaftsoption des autoritären Kapitalismus nimmt an Wahrscheinlichkeit zu, gerade auch, wenn es zum Ausbruch der drohenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kommen sollte.

# These 8: Die wichtigste Aufgabe aller Linken besteht darin, die Klassenmachtverhältnisse durch eine Gegenmachtstrategie zu Gunsten der subalternen Klassen zu verändern.

Eine derartige Strategie verlangt den Aufbau von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht.

Politische Gestaltung von links hat nur eine Chance auf Erfolg, wenn sie durch Mobilisierung im Kampf für soziale Verbesserungen und eine friedliche Außenpolitik erreicht, dass die arbeitenden Klassen selbst die politische Bühne betreten. Dabei gehört es zu einer realistischen Sicht auf die derzeitigen Klassenkräfteverhältnisse, dass es ohne die gesellschaftliche Kraft eines revolutionären Durchbruchs

(wie z. B. 1918 bei der Novemberrevolution) weder einen wirklichen politischen Richtungswechsel noch die Öffnung des Weges für einen neuen Sozialismus geben wird.

Die Aufgabe einer linken Partei muss es sein, Politik für die subalternen Klassen sowie mit allen anderen Schichten zu machen, die täglich um ihr Überleben oder ihren wenigen Wohlstand hart zu kämpfen haben. Für diese Priorität in den Metropolen zu werben und die urbane Mittelschicht als hilfreiche Bündnispartner zu gewinnen, ist Voraussetzung, um geistig-kulturelle Gegenmacht zu erringen. Dabei ist die Funktion als Kümmererpartei unverzichtbar.

# These 9: Teil der Strategiedebatte muss die Beantwortung der Frage sein, was für eine Partei die Lohnarbeiterklasse im 21. Jahrhundert braucht.

Angesichts der stabilen Kapitalherrschaft brauchen die Lohnabhängigen und weitere abhängig Arbeitende eine linke marxistische Partei mit Masseneinfluss, eine kämpferische sozialistische Partei. Eine Partei, die diese Bezeichnung wirklich verdient, steht nicht nur in Opposition zu den Regierenden, sondern zum Kapitalismus und der herrschenden Klasse sowie zur Zerstörung von Natur und Umwelt durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung. Sie klagt den USA-Imperialismus und die NATO der Kriegstreiberei gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China an. Sie stellt in den politischen Kämpfen die Eigentums-, Macht- und Systemfrage.

Ergebnis einer linken Strategiedebatte muss die Ausarbeitung eines Konzepts "revolutionärer Realpolitik" (Rosa Luxemburg) sein. Zu den Eckpunkten eines solchen Konzepts zählen die Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Zustände, die Massenmobilisierung für substantielle Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, das Ausschöpfen des demokratischen Potentials von Oppositionspolitik, der jeweils spezifische Kampf um soziale und politische Verbesserungen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie nicht zuletzt der Bruch mit der Politik des Brückenschlags zu den Regierenden.

# These 10: In Sachsen weist der linke Flügel der Partei seit Jahren auf hausgemachte Fehlentwicklungen hin; die Landesspitze lehnt einen parteiöffentlichen Dialog darüber bis heute ab.

Bereits den Ausgang der Landtagswahlen 2014 nutzte der linke Flügel zu kritischen Reflexionen über den Wahlkampf und den schleichenden Niedergangsprozess im Landesverband. Es wurde seinerzeit zugelassen, dass das Oppositionsprofil der sächsischen LINKEN bis hin zur Zustimmung für die Schuldenbremse abgeschwächt statt verstärkt wurde. Wirklichkeitsfremd wurde auf eine rot-rot-grüne Landesregierung orientiert. "Rote Haltelinien" spielten dabei ebenso wenig eine Rolle wie die Markenzeichen unserer programmatischen Alleinstellungsmerkmale.

Weder im Landesvorstand noch in der Fraktion wurde ernsthaft über diese Fehlentwicklungen diskutiert. Ganz im Gegenteil: Selbstkritik fand nicht statt. Kritiker wurden abgestraft bzw. gezielt ignoriert und der innerparteiliche Pluralismus massiv beschädigt. Der Landesverband hat sich bis heute von diesen Deformationen nicht erholt. Postfeudale Mechanismen der Nachfolgeregelung für Spitzenämter setzten sich durch, eine Personalauswahl nach fachlicher Kompetenz, beruflicher Verankerung in der Gesellschaft und strömungsübergreifender Vielfalt spielte faktisch keine Rolle mehr. Das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag, die Wahl der Landesliste auf der Landesvertreterversammlung am 6. April und die nunmehrige Zusammensetzung der 14-köpfigen Landtagsfraktion sprechen dafür Bände.

# These 11: Nach den Wahlen am 26. Mai und dem 1. September ist es für die sächsische LINKE fünf vor zwölf.

Das Wahldesaster 2019 war teilweise hausgemacht und begann bereits am 26. Mai mit den Europaund Kommunalwahlen. Die sächsische LINKE büßte rund ein Drittel ihrer kommunalen Mandate ein. Es wurde spätestens jetzt deutlich: Die Partei hat auch in Sachsen ihren Charakter als erste Adresse des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung verloren. Sie wird in wachsendem Maße mit "denen da oben" gleichgesetzt.

Zu diesen Entwicklungen trugen eindeutige Fehler im Landtagswahlkampf bei: Das Spitzenpersonal übte sich in Sandkastenspielen und bot wiederholt der Regierungspartei, die für die Machenschaften der Treuhandanstalt, Massenarbeitslosigkeit, Niedriglohnpolitik und vorprogrammierte Massenarmut im Alter mitverantwortlich ist, eine Tolerierung an. Die Wahlplakate waren etwas für Liebhaber von Wortspielen und die vielbeschworene Kampagne im ländlichen Raum brachte nicht die erhofften Resultate, stattdessen waren gerade hier rechte und (prä)faschistische Kräfte auch auf Kosten unserer bisherigen Wählerschaft besonders stark. Es ist offenkundig, dass kulturelle Entfremdungsprozesse der LINKEN gegenüber lohnabhängig Beschäftigten, sozial Benachteiligten und Unterprivilegierten dazu beigetragen haben.

Die Kommentierung zum Wahlausgang durch die Landespitze ist bislang substanzlos, frei von selbstkritischer Reflexion und wird der Dramatik der Lage in keiner Weise gerecht. Im Interesse des Selbsterhalts spielt man offensichtlich auf Zeit, um inhaltliche und personelle Konsequenzen entweder zu vermeiden oder aber so moderat wie möglich zu halten.

Es ist fünf vor zwölf und damit höchste Zeit, dem Landesverband wieder ein konsequent linkes Profil zu verleihen. Wenn die sächsische LINKE jetzt nicht aufwacht und spätestens auf dem Landesparteitag Mitte November 2019 die notwendigen Schlussfolgerungen zieht, wird es zu spät sein.

Volker Külow und Ekkehard Lieberam, Leipzig

\*\*\*

#### Anlage 5

### Wir dürfen den ländlichen Raum nicht verlieren!

Liebe Genossinnen und Genossen des Landesvorstandes,

seit der Landtagswahl am 01. September 2019 ist uns allen bewusst: Es muss sich etwas ändern! Die Wahlergebnisse sind niederschmetternd. Ein solches Wahlergebnis in Sachsen, aber auch in Brandenburg, muss die Folge haben, dass DIE LINKE klar nach innen und nach außen kommuniziert: "Wir haben verstanden! Ein weiter so wird es nicht geben!".

Leider hörten wir dies noch nicht so deutlich, im Gegenteil, es wurde zum Stillhalten von Seiten des Landesvorstandes aufgerufen. Die Schuld allein bei den WählerInnen oder den sechs Wochen Wahlkampf zu suchen, ist für uns keine Antwort. Wir alle, vom Ortsverband über Kreisverband bis hin zum Landesverband und der bisherigen Landtagsfraktion haben es nicht geschafft, den WählerInnen klar zu machen, wie wichtig es ist DIE LINKE zu wählen und dass CDU-wählen, um die AfD zu verhindern, keine Alternative ist. Über die Gründe müssen wir reden!

Wir wissen, dass die Ergebnisse der Wahlen, einschließlich der Kommunalwahl vom Mai auch personelle Konsequenzen in den meisten Regionen nach sich ziehen: Wir haben die Befürchtung, dass, obwohl der Fokus im Wahlprogramm deutlich auf dem ländlichen Raum lag, dieser nach der Wahl als "verlorenes Spielfeld" betrachtet wird. In Sachsen leben weit mehr Menschen in jenem ländlichen Raum als in den Großstädten und es funktioniert auch nicht, dass positive Aktionen in den Großstädten einfach auf die Flächenkreise umgearbeitet werden. Es wird ein falsches Signal an die Menschen im Freistaat gesendet, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mit ihren Sorgen und Nöten zu uns kommen können, da Büros nicht mehr betreut werden können und somit Schließungen und der Wegfall von bestehenden und funktionierenden Strukturen bevorstehen. Es kann nicht im

Interesse unserer Partei sein, den enttäuschten WählerInnen auszuweichen und hinter verschlossenen Türen die Wunden zu lecken.

Unser Interesse muss jetzt sein, den ländlichen Raum wieder aufzubauen und auch künftig jederzeit als Ansprechpartner für die BürgerInnen bereit zu sein. Dafür ist die Erhaltung von Büros und der dazugehörige Bürobetrieb zwingend erforderlich und mit wenigstens einem hauptamtlichen Mitarbeiter pro Landkreis zu sichern.

In unserem Kreisverband gibt es schon viele Jahre keine hauptamtlich Beschäftigten mehr. Nur durch die Teilzeitstellen im Stadtrat in Plauen und in der Kreistagsfraktion und den MitarbeiterInnen der bisherigen, einzigen Abgeordneten im Landkreis, gelang es bisher eine Art von Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Dies wird es als Resultat der Kommunal- sowie Landtagswahl nicht mehr geben. Die Partei wird für die Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr erreichbar sein. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass politische Arbeit neben Geschäftsbetrieb, Parteistruktur und kommunaler Mandatsarbeit durch die wenigen Aktiven im Landkreis, rein im Ehrenamt, nicht mehr möglich ist.

Während des Wahlkampfes wurde in mehreren Bürgergesprächen deutlich darauf hingewiesen, dass gerade im oberen Vogtland eine Stabilisierung der Parteistrukturen von höchster Notwendigkeit ist und sich die Bürgerinnen und Bürger einen regelmäßigen Austausch und Kontakt zu unserer Partei sogar wünschen. Das obere Vogtland ist eine exemplarische Region, in welcher wir schon jetzt im Großteil der Fläche nicht mehr in der Lage sind Kampagnen oder Wahlkämpfe, durch die Ortsverbände, umzusetzen. Ohne aktive Unterstützung innerhalb der nächsten Jahre werden wir dort unsere Parteistrukturen vollständig verlieren.

Der ländliche Raum kann und darf vom Landesvorstand nicht vergessen werden. Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass ein wirklicher Fokus auf den ländlichen Raum gesetzt werden muss! Dieser stützt mit seinen Wahlergebnissen auch die Erfolge der Städte und somit unsere Landespartei.

Wir fordern den Landesvorstand auf, klar Stellung zu den Wahlergebnissen zu beziehen, die Konsequenzen der gemachten Fehler zu tragen und eine Neuausrichtung der Partei in Sachsen zu ermöglichen! Eine Verschiebung der Diskussion auf November erscheint uns und unseren Ortsvorsitzenden mehr als nur zu spät!

Wir haben verstanden! Ein weiter so wird es nicht geben!

Mit solidarischen Grüßen

im Auftrag des Kreisvorstandes DIE LINKE Vogtland

Janina Pfau
Petra Rank
André Hegel
Jan Windisch
Thomas Höllrich
Peter Jattke
Lars Legath
Katharina Pfeffer
Rolf Steiniger
Maik Schwarz
Kai Grünler
Michaele Wohlrab

\*\*\*

## Anlage 6

Wenn es um die Ursachen der Krise geht, die durch die Wahlniederlagen entstanden ist, sollten wir auch erst einmal über die gesellschaftliche Rolle der Parteien nachdenken.

Interessant ist, wie die Bevölkerung die Parteien und ihre Politik beurteilt. Ein bedeutender Teil von ihr vertritt die Meinung, dass die Parteien nicht in der Lage sind, die Hauptprobleme der Menschen und der Gesellschaft zu lösen. Die Folge ist ein zunehmender Vertrauensverlust und ein Abkehrverhalten ihnen gegenüber.

Gibt es für die oftmals gefühlte Parteienverdrossenheit eine objektive Begründung? Ja, sie gibt es. Sie ergibt sich aus der gesellschaftlichen Grundfunktion von Parteien, die die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen in einer Weise vertreten und in die Entscheidungsfindung der Parlamente einbringen, dass sie mit den durch die Macht bestimmten Herrschaftsansprüchen konform gehen, bzw. mit ihnen zumindest vereinbar sind. Das aber macht Parteien für den gesellschaftlichen Fortschritt ungeeignet. Sie sind politische Auslaufmodelle.

Um nicht als Partei in eine solch wenig schmeichelhafte Rolle zu geraten, sollten wir über neue Akzente in unserer Politik nachdenken. Es muss in unserer Politik deutlich werden, dass die von unserer Partei in die Öffentlichkeit getragenen Ziele und Reformvorschläge nur erfüllt werden können, wenn die Macht des Kapitals und seine Herrschaft über die Gesellschaft zurückgedrängt, eingeschränkt und letztendlich überwunden werden. Das bedeutet mehr als nur Kritik am System, sondern das Hinwirken auf die Delegitimierung des Systems.

- 1. Dazu bedarf es einer Doppelstrategie in unserer Politik. Inhalt unserer Politik muss natürlich immer die Interessenvertretung der Menschen in Wort und Tat sein. Gleichbedeutend müssen in unserer Tagespolitik die Einflüsse klar gemacht werden, die von den kapitalistischen Verhältnissen und Machtstrukturen ausgehen und die einer Politik im Interesse der Menschen und des gesellschaftlichen Fortschritts entgegenstehen und deren Verwirklichung verhindern. Es gilt daher in unserer Politik nicht nur die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu führen, sondern die direkte Konfrontation mit den eigentlich ökonomisch Mächtigen herauszufordern und es so den Menschen zu ermöglichen, an Hand der Fakten selbstständig zu einer antikapitalistischen Grundeinstellung zu kommen.
- 2. Allerdings ist eine solche Doppelstrategie unvereinbar mit ideologischer und politischer Anpassung und ihrer sichtbarsten Art, der Regierungsbeteiligung. Wo immer unsere Partei Regierungskoalitionen in den Bundesländern eingegangen ist, hat sie verloren, weil sie unsere potenzielle Wählerschaft, den linksorientierten Teil der Bevölkerung, tief enttäuscht hat. Regierungsbeteiligung und die schon in der Oppositionszeit gezeigte Bereitschaft zur Koalition mit SPD und Grünen hat mehr Schaden angerichtet, als der politische Gegner es je tun konnte. Daher muss Schluss gemacht werden mit den rot-rot-grünen Regierungsträumen einer Führungsschicht unserer Partei.
- 3. Eine erfolgreiche Bündnispolitik ist für unsere Partei nur denkbar mit außerparlamentarischen Bewegungen und der Organisationen sowie mit den Gewerkschaften. Dazu muss sie sich aber auch selbst wandeln in einer Richtung "So viel Partei wie notwendig, so viel Bewegung wie möglich". Aber das bedarf noch ein weites Feld der Erörterung.

Paul Glier, Leipzig

+ \* \*

## Anlage 7

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind eine soziale Partei und deshalb können wir nicht zulassen, dass eventuell beim "Personal" eingespart wird. Niemand darf entlassen werden. Und dafür werden wir kämpfen!

Wir sind eine streitbare Partei! Wir müssen unser Programm auf einen kleinen gemeinsamen Nenner bringen, hinter dem alle stehen können und der den Wählern verständlich ist.

Ca. 30% bis manchmal 80% unterscheiden sich unsere Themen nicht von anderen Parteien. Aber die Analyse der Ursachen und die Lösungen der gesellschaftlichen Probleme ist eine andere!

Für mich sind die Worte und Aussagen wichtig:

- Frieden
- Humanismus, Menschlichkeit
- Keine Rüstung, keine Rüstungsexporte
- Fairer Handel
- Verteilung des Reichtums von Oben nach Unten nach Leistung und Bedürftigkeit

Was ist in der jetzigen Gesellschaftsform möglich auch mit Kompromissen. Was ich nicht mit vertreten kann sind Phrasen wie "Wahl mit 0 Jahren", "bedingungsloses Grundeinkommen" - Die Erklärungen dazu liest und hört kein Wähler.

Mit "Demokratischer Sozialismus" können wir Genossinnen und Genossen uns identifizieren auch wenn ich es für Zukunftsmusik und in nächster Zeit nicht realisierbar halte. Aber unsere Wähler hat die Botschaft nicht erreicht.

Mit kämpferischen Grüßen Renate Hofner, Leipzig

\*\*\*

## Anlage 8

Hallo,

oftmals überlese ich solche Mails, weil ich derzeit ebenfalls nicht ganz zufrieden damit bin, wie die letzten Landtagswahlen liefen. Ich wohne in Chemnitz und auch hier bin ich gar nicht zufrieden. Fr. Pester, welche sich hier wirklich toll engagiert und auch andere Kollegen erhalten zu wenig Zulauf.

Sich irgendwo auf die Straße zu stellen und mit einem kleinen Stand am Samstagvormittag irgendwelche Leute anzusprechen, macht immer weniger Sinn.

Neue Wege klingen gut, dafür müssen aber Ideen her. Ich selbst bin in der Telekommunikation unterwegs und halte digitale Optionen für enorm wichtig.

So könnte man des Öfteren Diskussionsrunden auf medialen Plattformen nutzen, um Aufmerksamkeit zu erhalten und vor Allem auch junge Leute auf wichtige Themen anzusprechen.

Da können Twitch, Youtube und Facebook gute Optionen sein, auch Instagram und Co. Jetzt zur anstehenden Weihnachtszeit ruhig mal einen Stream auf einem Weihnachtsmarkt oder Ähnliches.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Knöfel, Chemnitz

\*\*\*

## Anlage 9

Viele Wähler\*innen, Sympathisant\*innen und auch ich selbst sind vor allem massiv enttäuscht vom Umgang mit Sahra.

Dabei ist es nicht einmal allein die Tatsache, dass Sie sich umstritten zu Migrationsfragen geäußert hat. Da kann man natürlich bei vielen Sachen anderer Meinung sein. Man muss es vielleicht auch und früher hat das DIE LINKE mal ausgemacht, dass man pluralistisch war.

Es ist vor allem die Art und Weise wie mit Sahra und anderen diesbezüglich umgegangen wurde. Die Tortenwurf-Aktion, die permanenten Beschimpfungen als Rassistin usw. waren es, die die Menschen an uns als Partei zweifeln ließen. Und auch, dass laute Teile unserer Partei sie bewusst missverstehen wollten. Ich hab auf der Regionalkonferenz in Plauen ja bereits gesagt, dass ich vieles von dem was sie gesagt hat, erstmal nicht grundsätzlich falsch fand. Ja, die Situation 2015 war chaotisch und unkontrolliert. Und ja, ich bin auch der Meinung, dass man Menschen, die sich überhaupt nicht integrieren wollen und die hier nur Stunk suchen, auch wieder ausweisen kann. Das sehen übrigens auch die Menschen so, die sich hier integrieren und immer wieder in dieselbe Schublade gesteckt werden wie die Arschlöcher (die es natürlich überall gibt).

Aber wie gesagt, man kann da immer anderer Meinung sein und kann dennoch Genoss\*innen nach außen verteidigen. Das mache ich immer. Beispiel BGE. Das ist noch nichts mit dem ich mich derzeit anfreunden kann. Es ist unausgegoren aus meiner Sicht. Wenn mich aber jemand darauf anspricht beton ich immer wieder auch die Sachen die ich daran gut finde. Und zwar immer vorangestellt. Auch wenn ich meine Bedenken natürlich auch mitteile. Nun hat die Partei zum BGE natürlich noch keine Meinung gefunden, aber auch bei Sachen wo es (teilweise denkbar knappe) Parteitagsbeschlüsse dazu gibt, kann man anderer Meinung sein und das auch sachlich vortragen. Ich hab hier im Vogtland tatsächlich häufiger mit Sahra-Fans, als mit Katja Fans zu tun. Und wenn mich dann Menschen auf die Beiden ansprechen und keifend auf Katja schimpfen, dann erzähl ich denen, was Katja für ein toller Mensch ist. Menschlich ist sie ja wirklich eine tolle Person. Sahra wirkt oft eher kühl und distanziert. Aber, sie hat unbestritten die besseren Chancen bei den Wählerinnen und Wählern.

Die beiden sind dennoch nur Sinnbild für Konflikte die es ja immer wieder gibt in unserer Partei. Auch im Kleinen haben wir oft mit Leuten zu tun, die uns zu weilen manchmal sogar peinlich sind mit ihrem Auftreten. Dennoch müssen wir auch diese Leute nach außen schützen und die Reihen geschlossen halten. Was würde ich mir diesbezüglich wünschen?! Wenn z.B. Sahra auf einem Landesparteitag von unserer Linksjugend mit üblen Bannern, Pfeifkonzerten und Schmährufen versehen wird, dann fände ich es richtig, dass Antje, oder sonst ein führender Kopf unserer Partei (auch wenn er einer anderer Strömung angehört) sich hinstellt und unmissverständlich klar macht, dass er/sie keine derartigen Angriffe auf solche verdienten Genossinnen duldet. In der Beziehung brauchen wir wirklich eine andere Kultur untereinander.

Ansonsten werden das aber jetzt auch so harte Jahre für unsere Partei.

Mit sozialistischen Grüßen

Maik Schwarz, Vogtland

\* \* \*

## Anlage 10

Was sich ändern sollte:

- 1. Mehr Kommunikation unter den OV`s und SV`s über Aktivitäten, z.B.: Veranstaltungen oder Treffen etc.
- 2. Jeder macht sein Ding und oft kommt rüber, dass andere Verbände gar nicht erwünscht sind, man nimmt sich gegenseitig kaum wahr, bzw. Akzeptanz und Toleranz müssen stärker werden
- 3. Es wird zu viel geredet und zu wenig getan. Konkrete Vorschläge und Lösungen werden gefordert
- **4.** Landesvorstand selbst sollte in den eigenen Reihen der OV`s und SV`s aktiv werden in dem selbst Vorschläge und Lösungen gebracht werden. Man fühlt sich da etwas sich selbst überlassen

- **5.** Informationen müssen transparent gemacht werden. Veranstaltungen, z.B.: das Kommen von Gysi im Erzgebirge war wenig bekannt. Auch die Arbeit der Verbände sollte offen gelegt werden und für alle Verbände einsehbar sein
- **6.** Einladungen sollten für alle sein um die Teilnahme allen Genossen zu ermöglichen (bei öffentlichen Veranstaltungen oder Veranstaltungen der Partei, die für alle offen sind)

Marlies Schnabel, KV Zwickau

\*\*\*

## Anlage 11

[...] Viel wichtiger ist, dass die Partei Ihre Strategie für die Zukunft überdenkt. Sie sollte Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, unabhängigen Bürgerinitiativen und demokratischen Oppositionsgruppen nicht scheuen, wenn diese Inhalte vertreten, die wir teilen können.

In der Vergangenheit hat sich die Partei strategisch recht "dumm" angestellt und somit auch dem Aufstieg der AfD den Weg bereitet.

Ich erinnere nur an die sogenannten Friedensmahnwachen im Jahre 2014, wo viele Wähler der Linkspartei aktiv waren. Da schickt der Verfassungsschutz zwei V-Leute mit NPD-Parteibuch hin, die Antifa fotografiert es und die LINKE fällt drauf rein. So macht man das, wenn man eine Protestbewegung erfolgreich diskreditieren will.

Natürlich mussten wir uns von den Mahnwachen sofort distanzieren und vergraulten nicht wenige Leute, die vorher mit uns sympathisiert hatten! Die AfD war nicht so einfältig und hat diese Leute geschickt umgarnt. Nicht wenige wählten dann blau, weil sie sich von der Linken verstoßen fühlten.

Letztes Jahr das Gleiche mit "Aufstehen". Da gab es nun schon eine explizit linke Bewegung, die der Partei nahe stand und unsere Führung stellt ihnen den Stuhl vor die Tür, weil sie in "Aufstehen" ein Konkurrenzprojekt sieht, obwohl diese Bewegung viele Leute wieder mobilisiert hat, die sich vorher von uns oder von der Politik generell abgewandt hatten.

Die Bürger müssen doch den Eindruck bekommen, wir wollen nichts mehr von ihnen wissen.

Allenthalben höre ich, ein "weiter so" kann und darf es nicht mehr geben usw. Mir kommt langsam der Glaube abhanden, dass die Funktionäre wirklich bereit sind, auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen.

Der Erfolg der PDS lag auch an ihrem Image als "Kümmererpartei", die sich der Probleme der einfachen Menschen angenommen hat. Mit einem ähnlichen Konzept hat auch die KPÖ in der Steiermark Erfolg. Doch bei der Linken hat man in den letzten Jahren den Eindruck gehabt, sie kümmert sich nur noch um sich selbst.

Mit einem Hinblick auf eine mögliche rot-rot-grüne Koalition sind wir immer stiller geworden gegenüber den Verfehlungen von SPD und Grünen. Mit diesen neoliberalen Parteien als Partner werden wir aber keine linke Politik verwirklichen können und auch nicht mehr von den Bürgern als Alternative zum herrschen "System" wahrgenommen.

Viele Grüße,

Kay Hanisch

\*\*

## Anlage 12

Ein Thema welches wir in unseren Kreisverband angehen müssen, sind die Strukturen. Kreisvorstand, Kreistagsfraktion, KORA (ASZ, ANA und MEK) und Ortsverbände sollten meiner Meinung nach gestraft

werden. Dafür sprechen zwei Gründe, die ich auch zu unserer nächsten GMV ansprechen werde. Wir haben für ein derartig aufgeblähten organisatorischen Apparat kaum noch Mitglieder, dies sich der Aufgaben stellen können. Der zeitliche Aufwand im Ehrenamt, zusätzlich zu den Mandaten in Stadtrat und Kreistag ist nicht zu stemmen. Daher werde ich folgenden Vorschlag einreichen:

- 1. Verkleinerung des Kreisvorstandes auf ein Mindestmaß
- 2. Auflösung der KORA's
- 3. Kreisvorstandssitzungen immer zusammen mit den Ortsvorsitzenden

Damit erreichen wir in der Diskussion zu Sachthemen die Mitglieder bzw. die Ortsvorsitzenden direkt. Kommunikationsverluste werden dadurch minimiert.

Durch die Verschlankung der Strukturen ergeben sich klarere Zuständigkeiten.

Diese Straffung der Strukturen sollte auch auf Landesebene auf den Prüfstand gestellt werden.

Beste Grüße Andreas Rössel, Erzgebirge

+ \* \*

## Anlage 13

In vergangener Zeit fiel mir auf: Eine linke marxistische Partei sollte auch bei der Beurteilung solcher Staaten wie China, Russland, Venezuela u.a. linke Kriterien aufweisen und in Opposition zum Kapitalismus stehen und sich nicht liebedienerlich an ihn anlehnen zu wollen Das Mobbing gegenüber Sahra Wagenknecht schädigte die Meinung gegenüber unserer Parteispitze. Selbstkritik fehlt hier. Mir macht ebenfalls die Gefahr rechter und präfaschistischer Massenbewegungen sowie die drohende wirtschafts- und Finanzkrise Sorgen.

Rita Kring, Dresden

\*\*\*

## Anlage 14

## Wie weiter? Erste Gedanken

Man soll die Niederlagen der letzten Zeit und die verändernde politische Landschaft sehr ernst nehmen, da diese Entwicklungen auf der einer Seite für die längerfristige Existenz der Linken sehr wichtig sein werden und auf der anderen Seite für die Gesamtgesellschaft - die (wie immer in Deutschland und Weltweit) ein starke Linke braucht.

Es soll auf keinen Fall nur bei bisher gängigen Formaten (ein, zwei Klausurtreffen) bleiben und mit anschließenden "schnelle Entscheidungen" weiter gehen.

Ich schlage vor sich halbes Jahr oder wenn nötig mehr Zeit dafür zu nehmen. Der große Teil dieses Prozesses kann sogar öffentlich sein. Nicht nur "kann" - es soll sogar soll öffentlich sein.

## Warum? Weil:

- Die Mitglieder und Bürger Beteiligung wollen. Es tut der Partei und der politischen Bildung und Demokratie gut.
- Es motiviert eigene Mitglieder und gewinnt ggf. neue Mitglieder.
- Es ist ein gutes Vermarktungsmittel für Partei, das Parteiprogramm und Parteispitze.

Am Ende dieses Prozesses soll ein 5-Jahres-Plan für die Landespartei und für das Land Sachsen stehen.

Ich würde diesen Prozess in die folgenden drei Ebenen aufteilen:

#### DIE ERSTE EBENE

Der Erste Teil des Prozesses beinhaltet den innerparteilichen Dialog zwischen verschiedenen Flügeln. Es gibt so viele unterschiedliche Gruppen und Plattformen - mit teilweise stark unterschiedlichen Kursvorstellungen innerhalb der LINKEN... Was ich an sich nicht schlimm finde - dafür braucht es aber einen kulturvollen Umgang miteinander - das schont nicht Kräfte und setzt weiter Kräfte frei - die man dringend braucht - um diese Inhalte an Menschen heranzutragen.

Im ersten Schritt des Prozesses geht es erstmal nur um die menschliche Ebene. Wenn nötig mit Hilfe integrativer Persönlichkeiten und Mediation sollen die Flügel "zusammengeschweißt" werden. Das Ziel ist, einen kultivierten Umgang mit Differenzen und Unterschieden zu finden und anzueignen.

Im zweiten Schritt geht es um die Inhalte, die die Partei vertritt und vertreten möchte. Ich weiß, es ist viel darüber gesprochen und diskutiert worden und dennoch soll dies eine offene Debatte werden.

Hierzu soll es landesweit verschiedene Werkstattgespräche geben - diese werden nicht unter Mitgliedern, sondern auch in der Bevölkerung gut ankommen - da bin ich mir sicher.

Im dritten Schritt diese Ebene geht es darum, wie man diese Inhalte nach außen tragen möchte und mit welchen Personalien. (Dabei geht es nicht um die Spitze)

## DIE ZWEITE EBENE

Wir brauchen eine sehr genaue Analyse der Gesamtsituation und Entwicklungen in Land Sachsen. Diese soll auf keinen Fall alleine von Parteivorständen erstellt werden, sondern mit Politologen, Wissenschaftler\*innen, Künstler\*innen und interessierten Bürger\*innen.

Vielleicht helfen auch hier auch einige Werkstattgespräche. Mir ist aber wichtig, dass man dabei für die neue, progressive Methoden offen ist.

## DIE DRITTE EBENE

Ich begreife, die ersten zwei Ebenen als zwei verschiedene Zahnräder und in dieser dritten Ebene soll es darum gehen diesen beiden Zahnräder mit einer gut geölten Kette zusammen zu bringen. Nur dann funktioniert die Linke als Motor für die Gesellschaft.

Außerdem geht es hier auch um die "Vermarktung" (Nutze das Wort absichtlich – um in unserer extrem ökonomisierten Existenz und kapitalistischen Gesellschaft etwas bewegen zu können, muss man die Mittel und das Handwerk diese kapitalistischen Gesellschaft kennen und nutzen - ohne sich diese eigen zu machen.)

Bei dem gesamten Prozess soll die kommunalpolitische Ebene im Vordergrund stehen. Denn wenn die kommunalpolitische Arbeit in verschiedensten Gemeinden gut funktioniert, wird sich das auch auf die Ergebnisse auf der Landesebene widerspiegeln. (In Leipzig funktioniert die kommunalpolnische Arbeit gut: Man ist mit verschiedensten Vereinen, Bürgerinitiativen und Medienvertreter\*innen gut vernetzt und die gute Arbeit wird von den Bürger\*innen wahrgenommen. Klar, auch das muss noch besser werden aber ist an einigen Stellen ein gutes Beispiel).

Kanwal Sethi, Leipzig

\* \* \*

## Anlage 15

Unabhängig von nicht (mehr) zu beeinflussenden, eindringend angesprochenen innerparteilichen Querelen – auf Bundes- als auch auf Landesebene – heißt es augenscheinlich nun dennoch, unter Beachtung der personellen Lage: Zusammenrücken.

Es bleibt zu hoffen, dass wiederholte Mahner Aufmerksamkeit finden (Besinnung auf frühere Niederschläge) und andererseits Einsichten statt Vergnatztheiten wachsen.

So muss es zu einer nächsten Wahl nicht wieder lauten: Ergebnis ist unfair.\*

Wir gehen von unserem Programm aus, das grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel hat – weder Regierungswechsel, noch Machtwechsel. Haben wir das falsche Betriebssystem geladen?\*

Wir müssen eindeutig mit wenigen, griffigen Kernaussagen erkennbar sein. Diese müssen normale Menschen ansprechen.\*.

- Wir sind als Internationalisten die konsequenten Streiter für Frieden, für soziale Lebensbedingungen überall auf der Welt, für friedliche Koexistenz.
- Wir haben guten Grund, alle, die Menschheit als Geisel nehmenden, globalen und regionalen Probleme, auf das weltweit und lokale System des Kapitalismus überzeugend zurückzuführen.
- Wir beginnen darum zu kämpfen, dass zunächst die kapitalistische Wirtschaftsweise, das damit verbundene Renditestreben, aus allen Sphären der Daseinsvor- und -fürsorge zurückgedrängt und diese Sorge künftig gesamtgesellschaftliche Hauptaufgabe wird.
- Wir bleiben dieser einen Aufgabe vorrangig verpflichtet, als unser Hessisches\* oder Berliner\*
- Markenzeichen. Und zwar über die nächsten fünf Jahre durchgängig hinweg.
- Wir legen jede Bescheidenheit ab, über unsere Erfolge zu reden, die sich andere im Nachhinein auf die Fahnen schreiben.

Wir greifen unsere eigenen Erfahrungen auf, und sind für Bürgerinitiativen, die nicht singuläre, sondern allgemein sinnvolle Interessen vertreten, Ansprechpartner und damit Kristallisationskeim (vormals Wasser/Abwasser). Partei der organisierten 'Zivilgesellschaft' werden.\*

Wir pflegen den Mut zur Kürze unserer Dokumente. Vor dem Erstellen neuer rechnen wir die Wirksamkeit und Umsetzung gültiger Leitlinien, Wahlprogramme und anderer Beschlusslagen konkret ab (Negation der Negation) und gelangen somit zu Machbarem selbst auf die Gefahr hin, nicht aus dem gesamten Warenhaus mit seinen Unterabteilungen etwas gekauft zu haben.

\*Aussagen einzelnen Redebeiträgen auf der Regionalkonferenz in Plauen entnommen

Ronald Dietrich Wandel, Vogtland

+ \* \*

## Anlage 16

Ausgangspunkt aller Betrachtung muß sein:

- 1. Politik der BRD wird ausschließlich im Interesse des Höchstprofites für die Konzerne, Finanzbranche und Investoren durchgeführt;
- 2. Dazu kommt, lemminghafte Unterordnung der Politik in fast allen Belangen unter die imperialistische Führungsmacht USA;
- 3. Bundestagsparteien, außer DIE LINKE verteidigen mit allen Mitteln die kapitalistische Ordnung. Daraus folgt, wenn wir die Überwindung dieser kannibalischen Gesellschaftsordnung als Ziel anstreben, haben wir keine Verbündeten unter diesen Parteien. Im einzelnen Falle,

- punktuell können wir einiges erreichen, aber grundsätzlich gilt, Verbündete können wir nur durch Mobilisierung der Massen der Menschen erreichen.
- 4. Das heißt, wir müssen die Menschen mit Angeboten erreichen, welche ihre Vorstellungen decken und gleichzeitig unsere Ziele beinhalten. Daraus folgt, Gewerkschaften, Organisationen, einschließlich "Aufstehen" und auch kirchliche Verbände können und müssen unsere natürlichen Verbündeten sein.
- 5. Hinzu kommt, die Propaganda (diese wird in den Evangelien als etwas Einpflanzen beschrieben). P. hat über Kunst, Geschichtsbetrachtung, Verschweigen, ständige Lüge sowie Aushöhlung des eigenen Geschichtsverständnisses in den imperialistischen Staaten, einschließlich unserer besten aller Demokratien mit Hilfe großzügiger Finanzunterstützung eine Wirksamkeit erreicht, das sämtliche Menschlichkeit unter der Last der Polarisierung weltweiter Gegenspieler verschüttet wird. Somit werden die Menschen erfolgreich vereinzelt und so Spielball monetärer Interessen. Wir sehen und hören es täglich in Fernsehen und Funk, je mehr auf der einen Seite verschwiegen wird, desto mehr kann andererseits gelogen werden. Das ist wichtigste Aufgabe der Linken, diese Lügen ständig zu entlarven und das ist wirklich nicht leicht.
- 6. Diese Aufgabe erfordert m.E. eine sichtbare Hingabe unserer Partei für die Interessen derer, welche wir vertreten. Und noch etwas sollten wir begreifen und in der politischen Arbeit anstreben, Die Menschen müssen hinsichtlich menschlicher Werte auch wieder erzogen werden!
- 7. Erziehungsarbeit welche am dringlichsten ist, ist m.E. Friedensarbeit, der Kampf (allerdings nur mit friedlichen Mitteln) um die Erhaltung des Friedens. Das heißt, wir sollten alles daran setzen, alles was dem Frieden entgegensteht zu ächten, zu ächten und zum dritten Mal zu ächten. Wenn wir diesen Kampf durchgestanden haben, dann werden wir die Menschen, so wir ihn sichtbar geführt haben, auch für weitere Ziele im Sinne der Überwindung dieser kannibalischen Wirtschaftsordnung begeistern.
- 8. Wenn wir als Partei DIE LINKE wie seit einiger Zeit üblich, unsere Meinungsverschiedenheiten mit Hilfe persönlicher Beleidigungen in aller Öffentlichkeit austragen, werden wir allerdings unseren Niedergang noch beschleunigen. Meinung ist: wenn wir eine hierarchiefreie Gesellschaft anstreben, dann müssen wir den neuen Menschentyp sichtbar für die Menschen vorleben, also Vorbild sein, nicht nur von den anderen fordern! (Sieser letzte Punkt entstand in Auswertung der Regio-Konferenz vom 7.10.)

Karl-Heinz Eilenberger, Leipzig

+ \* \*

## Anlage 17

# Tradition und Überzeugung

Ich bin davon überzeugt, unsere linke Zukunft braucht Erinnerung. Es gilt das geflügelte Wort: "Wer seine Vergangenheit nicht kennt, hat keine Zukunft". Das verstehe ich als Teil der von Katja Kipping in der September-Monatsschrift der Dresdner Linken geforderten besseren Überzeugungsarbeit!

Erinnert ihr euch an das Wahlplakat mit dem Schlagwort "Tradition"? Die ND-LeserInnen unter euch haben es eine Woche nach der Landtagswahl auf dem großen Titelfoto mit Silvio Lang, Kandidat im Wahlkreis Bautzen 3, wieder gefunden. Mir hat das Plakatmotiv gut gefallen. Ich meine aber, im Alltag unserer Landespartei kommt Geschichte leider nur zu selten vor. Für mich wie auch für viele meiner in die Jahre gekommenen Bekannten bedeutet eine lebendige, den linken Traditionen zugewandte und natürlich auch kritische Geschichtsarbeit viel. Ich bezweifle, dass das Traditionsplakat im Wahlkampf gewirkt hat. Viele werden es nur als eine leere Losung empfunden haben. [Womit nicht gemeint ist, dieses einzelne Plakat sei am schlechten Ergebnis schuld!]

Ich meine, ein Teil unserer Stammwähler hat sich auch (also nicht vor allem) deshalb anderen Parteien zugewandt, weil DIE LINKE in ihren Augen nicht mehr die Ostinteressen repräsentiert. Da haben andere Kräfte mit falschen Geschichtsbildern und paradoxerweise mit Erinnerungen an die DDR gepunktet. Wir erleben gerade in diesen Tagen, welche Rolle die Erinnerung an die "Wende" spielt. [Zum Beispiel werben die Medien für die "open-memory-box" (SZ, 26.09.2019, S. 7), in der bisher im Internet 415 Stunden privater Schmalfilme aus dem Alltag der DDR veröffentlicht wurden. Man kann dazu unterschiedlicher Meinung sein.] Ich habe jedenfalls das Gefühl, dass die DDR und die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte in der Partei ein ungeliebtes Thema ist.

Unser Landtagswahlprogramm mit dem guten, auf Identifikation zielenden Titel "Fortschritt & Zusammenhalt" bot den historisch interessierten LeserInnen nur wenige Anknüpfungspunkte dafür. Der plakatierte Begriff Tradition tauchte gar nicht auf. Das Wort Geschichte kam nur einmal, nämlich im Zusammenhang mit sorbischer Sprache und Kultur vor. Das Wort "Vergangenheit" steht neunmal im Text des Wahlprogramms, jedoch meist mit dem Blick auf die letzten Jahre. Die DDR-Zusatzrenten verkümmerten zu einem haushaltspolitischen Problem. Nur ein Abschnitt zur Treuhandanstalt war ausführlicher gefasst.

Einige Sachverhalte aus meinem Erleben belegen, dass das Verhältnis unserer Partei zur Geschichte recht zwiespältig ist:

Vor vier Jahren wurde das Parteiarchiv in Dresden durch Beschluss eines Kleinen Parteitages aus finanziellen Gründen aufgelöst und teilweise nach Berlin verlagert. Meine Anfrage an die Landesgeschäftsstelle, ob die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen nicht wenigstens wieder regelmäßig Drucksachen von dort bekommen könnte, um sie wie früher zu sammeln, blieb leider unbeantwortet. Eine analoge Sammlung von Dokumenten und Materialien, also eine Art gedrucktes Gedächtnis der Partei, gibt es seit der Umstellung auf die elektronische Speicherung bei uns nicht mehr.

Ende Juli, also zum Beginn der heißen Wahlkampfphase, nahmen unser Neustädter Ortsvorsitzender Marcel und ich im Auftrag der Stadtgeschäftsstelle nach ausdrücklicher Bitte der Familie an einer Trauerfeier für die im Alter von 96 Jahren verstorbene Genossin Erika Schindler teil. Auf dem Heidefriedhof übergab uns der Sohn seine Trauerrede mit der Erwartung, die interessante Lebensbeschreibung dieser Frauenpolitikerin der SED und damit die Erinnerung an sie im Parteiarchiv aufzubewahren. Aber das ist nun nicht machbar, siehe oben. Der Sohn und weitere Familienmitglieder, also potentielle WählerInnen der Linken, konnten das nicht verstehen.

Da sei die Frage erlaubt, wie spätere Generationen die örtliche Geschichte der Linken dann einmal studieren werden? Um Traditionen zu pflegen ist mehr nötig, als das Wort auf Plakate zu drucken. Testfrage: Wer von euch Jüngeren wüsste, wer in Dresden bisher als Vorsitzende der PDS und der Linken seit 1990/2007 gearbeitet hat und was in ihrer Zeit politisch passierte? Je länger die Geschichte der Partei wird, desto schwieriger wird es, den Überblick zu behalten.

Das "Neue Deutschland" steht in der Gefahr, schon bald vom Zeitungsmarkt zu verschwinden, wenn die Zahl der Abonnenten weiter sinkt. Die Zeitung hat sich stark gewandelt, hat schon lange nichts mehr mit einem "Zentralorgan" zu tun. Sie bringt gerade an den Wochenenden sehr aufschlussreiche Beiträge, oft von jungen Autoren geschrieben. Deshalb verstehe ich nicht, warum das Abonnement des Neuen Deutschland in der Wir-AG durch die Landesgeschäftsstelle beendet wurde. Das ND gehört doch einfach zu unserer Tradition und wurde dort von BesucherInnen genutzt.

Bei einer Schulungsveranstaltung des Landesvorstandes für Wahlkämpfer, der "Wahlkampfschmiede" am 13. Juli, wurde den Teilnehmern auf meine Anregung hin eine Veröffentlichung zum Thema "Rosa Luxemburg in Dresden" zum Kauf angeboten. Ich meinte es wäre gut, aus dem denkwürdigen Wahlkampfauftritt Rosa Luxemburgs von 1911 in Pieschen zu lernen wie man volksnah argumentiert. So weit, so gut. Aber die nicht verkauften Exemplare des Buches verschwanden danach spurlos in der Versenkung. Während die Landesgeschäftsstelle zuerst angeblich kein Geld für eine kostenlose

Abgabe an alle TeilnehmerInnen hatte, muss sie die weggekommenen Broschüren zum Schluss nun doch bezahlen. So wird das Geld nun leider nutzlos ausgeben. Das ist sehr ärgerlich.

Auch außerhalb der Partei beobachten Menschen unser Verhältnis zur Vergangenheit sehr genau. Der Schauspieler Peter Sodann, vor einigen Jahren selbst noch Mitglied der Linken, konnte 1990 nicht mit ansehen, wie Arbeiter des gerade untergehenden Staates in Halle an der Saale ihre gewissermaßen eigene Bibliothek aus dem Haus der Gewerkschaften auf den Müll warfen. Seit 30 Jahren sammelt er deshalb DDR-Bücher in seiner Spezialbibliothek und verkauft sie durch seine Mitarbeiter auch antiquarisch.

Voriges Jahr hat sich die Peter-Sodann-Bibliotheksgenossenschaft gegründet, um die DDR-Bücher dauerhaft zu bewahren. Als Mitglied der Genossenschaft erlebte ich mehrfach den Groll von Peter Sodann, der nicht versteht, warum die Menschen – wie er sagt – mit den Büchern ihre Erinnerung wegwerfen. Eine Zukunft ist für ihn ohne das Wissen über die Vergangenheit nicht denkbar. Leider glaubt er dabei kaum noch an die Hilfe durch DIE LINKE. Deshalb meine Botschaft: Um diese Büchersammlung zu erhalten, braucht es neue Mitglieder für die Genossenschaft.

Wahrscheinlich können viele unserer alten Genossinnen und Genossen, aber sicher auch manch jüngere, weitere Beispiele dieser Art hinzufügen. Ich muss damit jetzt aufhören] und hoffe, mein Anliegen wurde deutlich: Wenn unsere Partei eine Zukunft haben will, muss sie sich ihre gesamte Vergangenheit (über die DDR hinaus) bewusst machen, sich mit ihr kritisch auseinandersetzen und dafür öffentlich wirken. Dies ist notwendig, auch wenn die existenziellen Entscheidungen über diese Zukunft auf anderen Feldern fallen werden.

In größerem Kontext erinnere ich daran, dass meiner Generation heute von den Jüngeren vorgeworfen wird, wir hätten früher zu wenig über die Geschichte des deutschen Faschismus gelernt. Wird also dann später der Vorwurf gelten, in der heutigen Zeit hätte wiederum eine Geschichtsvergessenheit bezüglich der DDR geherrscht?

Am Ende doch noch etwas Positives: Zum Glück kann ich so einen kritischen Beitrag heute auf einer Parteiversammlung halten. In der DDR wäre es nicht gegangen - Danke.

Wilfried Trompelt, Dresden

#### +\*\*

## Anlage 18

## Wahlauswertung des OV Dresden-Nord

Der Ortsverband Dresden-Nord unserer Partei DIE LINKE. wertete in Mitgliederversammlungen die Ergebnisse der Landtagswahl aus. Wir diskutierten intensiv über Ursachen, die zu diesem unbefriedigenden Ergebnis führten.

Im Ergebnis dieser Diskussion einigten wir uns auf folgende Vorschläge, die aus unserer Sicht zur verbesserten Wirksamkeit unseres linken Anliegens beitragen:

- Stärkung der innerparteilichen Demokratie durch Vorbereitung der Wahl der Vorsitzenden auf Bundes- und Landesebene in Form von Urwahlen der Mitglieder;
- Bei der Wahl der Delegierten zu Landes- und Bundesparteitagen bzw.
   Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kandidatenlisten (ab Landtagswahlen) ist darauf zu achten, dass maximal 50% der Delegierten Parteifunktionäre (ab Kreisebene), Abgeordnete (ab Kreisebene) und Mitarbeiter der Partei, der Abgeordneten und Parlamentsfraktionen sein dürfen. Mindestens 50% der Delegiertenplätze sind der Basis vorzuhalten;

- Zur besseren Erreichbarkeit unserer Zielgruppen müssen unsere politischen Angebote intensiver auf Realisierbarkeit geprüft werden. Verzicht auf unrealistische Forderungen, die selbst in einer Verantwortung als Regierungspartei nicht umsetzbar wären;
- In der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern sind keine pauschalen Urteile zu fällen. Die Auseinandersetzung hat an Hand konkreter, nachvollziehbarer Argumente zu erfolgen und dabei sind deren neoliberale Ziele zu entlarven. Das Ziel, Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse, darf nicht aus dem Auge zu verloren werden;
- Vorstellungen darüber, wie eine bessere Gesellschaft aus Sicht der Linken aussehen könnte, sind deutlicher als Antwort auf die bestehenden gesellschaftlichen Probleme aufzuzeigen;
- Der Wesenscharakter unserer Partei dient der Erhaltung und Schaffung von Frieden. Diese Haltung einer Antikriegspartei ist auf allen Ebenen des Wirkens deutlicher darzustellen und aktivere Positionen und Reaktionen sind einzufordern;
- Klimaschutz ist zu unterstützen unter Beachtung der sozialen Fragen und gleichzeitig mit der Frage zu verbinden, inwieweit die bestehende Gesellschaftsform dazu in der Lage ist, den Verbrauch von Ressourcen einzuschränken;
- Die Diskussionskultur innerhalb unserer Partei gilt es zu verbessern. Wenn Hinweise und Anregungen immer als Kritik an der Linie der Partei bewertet werden, fördert dies die Zerstrittenheit und fördert kein schöpferisches Miteinander.

Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Erhöhung der politischen Wirksamkeit unseres Ortsverbandes beraten (u.a. die Nutzung der Mitgliederversammlung für gezielte politische Bildung / Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung linker Veranstaltungen). Diese werden in das Arbeitsprogramm 2020 aufgenommen und gelten als Orientierung für die Arbeit des Ortsverbandes.

Mitglieder des OV Dresden-Nord